

Prävention durch Partizipation

Die Relevanz kommunaler Partizipationsangebote bei der Prävention von Jugendgewalt

Bachelorarbeit

Simon Stiefelmeyer

Begleitperson

Dr. Carl Oliva

Bachelorstudiengang
Zürich,
Frühlingssemester
2024

Abstract

Ausgangspunkt dieser Bachelorarbeit ist die Beobachtung, dass die Jugendgewalt trotz verschiedener Präventionsmassnahmen in den letzten Jahren zugenommen hat. Einige Gewaltforscherinnen und Gewaltforscher sehen mangelnde Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen in der Gesellschaft als möglichen Auslöser dieser Entwicklung und plädieren für deren Förderung. In einer umfassenden Literaturrecherche wurden theoretische Grundlagen und empirische Befunde analysiert, um besser zu verstehen, ob die Partizipation von Jugendlichen auf Gemeindeebene Risiko- und Schutzfaktoren für Jugendgewalt beeinflussen kann. Es zeigt sich, dass die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten im Gemeinwesen die Möglichkeit bietet, Schutzfaktoren wie Selbstwirksamkeit und Konfliktlösungskompetenzen zu stärken und gleichzeitig Risikofaktoren wie schwache Bindungen in der Nachbarschaft zu reduzieren. Die Erkenntnisse der Arbeit unterstreichen die Notwendigkeit weiterer Forschungsarbeiten. Insbesondere quantitative Längs- und Querschnittsstudien können das Verständnis verbessern, inwiefern sich Partizipationsangebote auf die Prävention von Jugendgewalt langfristig auswirken.

Die vorliegende Arbeit zeigt weiter, dass Jugendliche zwar motiviert sind, sich an Partizipationsangeboten zu beteiligen, aber oft durch strukturelle Barrieren und unzureichende Angebote daran gehindert werden. Um die gewünschten präventiven Effekte zu erzielen, müssen Partizipationsangebote so gestaltet werden, dass sie relevante Erfahrungen und Lernmöglichkeiten bieten. Zu diesem Zweck wurden Handlungsempfehlungen zur Verbesserung bestehender Partizipationsangebote formuliert.

Die Arbeit unterstreicht die wichtige Rolle der Sozialen Arbeit bei der Entwicklung und Umsetzung von partizipativen Präventionsstrategien und plädiert für eine stärkere Fokussierung auf effektive Jugendpartizipationspraktiken in Gemeinden. Die Erkenntnisse sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung von Jugendpartizipation als Instrument der Gewaltprävention zu schaffen und Ansätze zur Förderung einer inklusiven und effektiven Jugendpartizipation in der Gemeinde zu entwickeln.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	5
1.1	Ausgangslage	5
1.2	Zielsetzung der Arbeit und Relevanz für die Soziale Arbeit.....	8
1.3	Aufbau der Arbeit.....	8
1.4	Definitionen	9
1.4.1	Jugend.....	9
1.4.2	Partizipation	10
1.4.3	Partizipationsangebote in Gemeinden	11
1.4.4	Jugendgewalt.....	12
2	Prävention, Partizipation und Jugendgewalt.....	13
2.1	Ebenen der Entstehung von Jugendgewalt	13
2.2	Risiko- und Schutzfaktoren von Jugendgewalt.....	15
2.3	Gewaltprävention durch Partizipation in Gemeinden	17
2.3.1	Wirkung von Partizipationsangeboten in Gemeinden auf Risikofaktoren	18
2.3.2	Wirkung von Partizipationsangeboten in Gemeinden auf Schutzfaktoren	19
2.4	Zwischenfazit	20
3	Voraussetzungen für Partizipation in Gemeinden als präventive Strategie	21
3.1	Motivation als Voraussetzung für Partizipation in Gemeinden	21
3.2	Entwicklungsbedingte Voraussetzungen für Partizipation in Gemeinden	24
4	Gestaltung von Partizipationsangebote in Gemeinden.....	28
4.1	Mögliche Gründe für geringe Jugendpartizipation in Gemeinden.....	28
4.2	Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Jugendpartizipation	30
5	Fazit.....	37
5.1	Zusammenfassung und Beantwortung der Fragestellung	37
5.2	Kritische Würdigung der Arbeit.....	41
5.3	Fazit für Praxis und Forschung	42
	Literaturverzeichnis.....	44

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ökologisches Modell der Entstehung von Gewalt	14
Abbildung 2: Zusammenfassung von Risikofaktoren zu Jugendgewalt	16

1 Einleitung

In diesem Kapitel wird zunächst die Ausgangslage erläutert, auf der die Fragestellungen dieser Arbeit basieren. Anschliessend werden die zugrundeliegenden Ziele und die Relevanz für die Soziale Arbeit, der Aufbau der Arbeit sowie die zentralen Begriffe erläutert.

1.1 Ausgangslage

«Wir beobachten eine Brutalisierung mit Kicks gegen den Kopf». Mit diesem Zitat überschreibt die Neue Zürcher Zeitung einen Artikel, der sich mit der Zunahme von Gewaltdelikten durch Jugendliche im Jahr 2020 befasst (Baumgartner & Schoop, 2021). Jugendkriminalität und Jugendgewalt sind Themen, die in der Öffentlichkeit grosse Aufmerksamkeit erregen. Sie werden immer wieder durch dramatische Einzelfälle aufgegriffen und in den Medien breit diskutiert (Baier, 2021, S. 2).

Laut einem Forschungsbericht von Ribeaud (2015, S. 45) wurde zwischen 2007 und 2014 eine konsistente Abnahme sämtlicher Formen von Jugendgewalt festgestellt, sowohl gemäss den Hell- als auch gemäss den Dunkelfelddaten. In diesem Zeitraum wurden auch verschiedene Initiativen zur Eindämmung der Jugendgewalt ergriffen, wie das nationale Programm „Jugend und Gewalt“, das von 2011 bis 2015 durchgeführt wurde (Ribeaud & Loher, 2022, S. 50). In einer späteren Studie von Ribeaud & Loher (2022, S. 50) wurden jedoch im Gegensatz dazu für den Zeitraum 2014 bis 2021 fast durchgängig höhere Gewaltraten beobachtet, die sowohl im Hell- als auch im Dunkelfeld konsistent waren. Nach Baier (2022, S. 18) könnte es sich hierbei lediglich um einen Zufall handeln, dass die Jugendgewalt nach dem Ende des nationalen Programms wieder angestiegen ist. Dennoch erscheint es für Baier (2022, S. 18) notwendig, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um dem Trend steigender Jugendgewalt wirksam vorzubeugen.

In der wissenschaftlichen Diskussion werden zahlreiche Präventionsansätze gegen Jugendgewalt, von strengeren rechtlichen Rahmenbedingungen bis hin zu umfassenden Bildungsprogrammen, betrachtet (Bundesamt für Sozialversicherungen, 2015, S. 33–34). Inmitten dieser vielfältigen Massnahmen rückt zunehmend die Förderung von Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden als ein zentraler Ansatz in den Fokus (Bundesamt für Sozialversicherungen, 2015, S. 3; Eisner, Ribeaud & Bittel, 2006, S. 7–8). So begründet dies Olk und Roth (2007, S. 98) mit der Annahme, dass Jugendliche, die an Partizipationsangeboten in Gemeinden teilnehmen, durch positive Erfahrungen und Anerkennung von anderen ermutigt werden, sich auf solche positiv bewerteten Aktivitäten konzentrieren. Negatives oder antisoziales Verhalten verliert dagegen an subjektivem Wert und Attraktivität (Olk & Roth, 2007, S. 98). Autrata (2010, S. 24) führt diese

Überlegungen weiter, indem er argumentiert, dass Jugendgewalt oft eine funktionale und subjektiv begründete Reaktion auf unzureichende Partizipationsmöglichkeiten ist. Er sieht Gewalt nicht nur als Ausdruck individueller Probleme, sondern als Antwort auf fehlende gesellschaftliche Integration und Teilhabechancen (Autrata, 2010, S. 23). Autrata (2010, S. 26) betont, dass durch die Schaffung echter und wirksamer Partizipationsmöglichkeiten, Jugendliche Wege finden können, Chancengleichheit und Zugehörigkeit zu erleben, was wiederum die Attraktivität und Notwendigkeit von Gewalt als Kommunikationsform verringert.

Obwohl die Überlegungen von Autrata (2010, S. 23–26) und von Olk & Roth (Olk & Roth, 2007, S. 98) zur Rolle der Partizipation bei der Prävention von Jugendgewalt überzeugend sind, bleibt ein wesentlicher Aspekt bisher unzureichend beleuchtet: die Evidenzbasis dieser Theorien. Die theoretische Überlegung, dass durch Partizipation Jugendgewalt reduziert werden kann, ist intuitiv plausibel. Jedoch fehlen bislang umfangreiche empirische Studien, die diesen Zusammenhang eindeutig belegen (Wagner, 2023, S. 158). Nach Eisner, Ribeaud & Locher (2009, S. 3) ist dies jedoch eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Präventionsmassnahmen als wirksam wahrgenommen werden und eine Massnahme tatsächlich positive Effekte erzielen kann. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, diesen Forschungsbereich weiter zu vertiefen und die Bedeutung von Partizipation im Kontext von Gewaltprävention genauer zu untersuchen. Diese Literaturarbeit hat jedoch nicht den Anspruch, Evidenzen zu ermitteln, sondern zu untersuchen, welche Einflussfaktoren von Jugendgewalt durch Partizipation in den Gemeinden adressiert werden könnten.

Angesichts der hervorgehobenen Wichtigkeit der Partizipation gewinnt deren praktische Umsetzung an Bedeutung (Bundesamt für Sozialversicherungen, 2015, S. 3; Eisner et al., 2006, S. 7–8). Die Umsetzung von Massnahmen zur Gewaltprävention erfolgt in der Schweiz primär auf kommunaler Ebene (Landert & Panchaud, 2013, S. 10). In den meisten Schweizer Gemeinden ist man der Ansicht, dass Jugendgewalt mit mangelnder Integration oder fehlender Anerkennung der Jugendlichen zusammenhängt (Landert & Panchaud, 2013, S. 36). Daraus ergibt sich eine Präferenz für Strategien und Massnahmen, die in der Lebenswelt der Jugendlichen verankert sind und auf ihr typisches Verhalten sowie auf die Förderung der Partizipation abzielen (Landert & Panchaud, 2013, S. 36–37). Um Partizipation zu fördern, können in den Gemeinden verschiedene Partizipationsangebote für Jugendliche geschaffen werden (Wagner, 2023, S. 6). Dabei geht es nicht nur um auffällige Jugendliche, auf die sich die Gewaltprävention häufig konzentriert, sondern auch um die Stärkung und Unterstützung von Jugendlichen, die nicht durch Gewalt auffallen (Holthusen & Schäfer, 2007, S. 138).

Dies hat den Vorteil, dass niemand stigmatisiert wird und alle potenziell auffälligen Jugendlichen erreicht werden können (Eisner et al., 2009, S. 5). Dies kann beispielweise durch die Einbindung in gemeindliche und quartierbezogene Entscheidungen oder durch projektartige Angebote mit thematischen Schwerpunkten in der Kinder- und Jugendarbeit geschehen (Wagner, 2023, S. 6). Es wurde jedoch festgestellt, dass Jugendlichen vor allem in solchen Fragen Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden, die Erwachsene wenig tangieren (Rieker, Mörgen, Schnitzer & Stroezel, 2016, S. 16). Darüber hinaus werden die Partizipationsangebote nur von einzelnen Jugendlichen wahrgenommen, und die propagierten Partizipationsmöglichkeiten der Angebote werden von Jugendlichen angezweifelt (Moser, 2010, S. 224; Rieker et al., 2016, S. 60). Es ist daher davon auszugehen, dass die in der Gemeinde umgesetzten Partizipationsangebote nicht den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Jugendlichen entsprechen (Rieker et al., 2016, S. 197). Diese Erkenntnis unterstreicht die Bedeutung einer genaueren Untersuchung und Bewertung der aktuellen Praxis in der Partizipationsförderung der Gemeinden.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die vorliegende Arbeit damit, ob die Prävention von Jugendgewalt durch Partizipationsangebote auf kommunaler Ebene als eine geeignete Strategie betrachtet werden kann.

Dies führt zu folgender Hauptfragestellung:

Welche Relevanz haben Partizipationsangebote in Gemeinden für die Prävention von Jugendgewalt?

Zur Bearbeitung werden daraus Teilfragen abgeleitet:

- Welche Risiko- und Schutzfaktoren für Jugendgewalt könnten durch die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten in der Gemeinde adressiert werden?
- Sind Jugendliche motiviert, sich an Partizipationsangeboten in Gemeinden zu beteiligen?
- Sind Jugendliche aufgrund ihrer Entwicklung in der Lage, sich an Partizipationsangeboten in Gemeinden zu beteiligen?
- Welche Barrieren verhindern die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten in Gemeinden?
- Welche Bedingungen fördern die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten in Gemeinden?

1.2 Zielsetzung der Arbeit und Relevanz für die Soziale Arbeit

Das Hauptziel dieser Bachelorarbeit ist es, die Rolle von Partizipationsangeboten in der Prävention von Jugendgewalt zu untersuchen. Insbesondere wird angestrebt, zu verstehen, ob durch Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden sowohl die Risiko- als auch Schutzfaktoren von Jugendgewalt beeinflusst, werden könnten.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt darin, die Barrieren und Chancen für effektive Jugendpartizipation zu identifizieren und zu beschreiben. Dabei soll ein beschreibender und verstehender Zugang genutzt werden, um die Mechanismen und Kontexte, in denen Jugendpartizipation stattfindet, detailliert zu beleuchten. Es wird erforscht, welche strukturellen, sozialen und individuellen Faktoren die Partizipation von Jugendlichen fördern oder behindern.

Ein weiteres Ziel ist es, praxisnahe Handlungsempfehlungen zu formulieren, die die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen in Gemeinden verbessern können. Die Erkenntnisse dieser Arbeit sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung von Jugendpartizipation als Instrument der Gewaltprävention zu fördern und Ansätze zur Förderung einer inklusiven und wirksamen Jugendpartizipation zu entwickeln.

Die Relevanz dieser Arbeit für die Soziale Arbeit ergibt sich aus der grundlegenden Notwendigkeit, Jugendliche vor negativen Entwicklungsverläufen zu schützen und präventiv gegen als negativ erachtete Entwicklungen vorzugehen (Wohlgemuth, 2009, S. 11). Darüber hinaus steht die Förderung von Partizipationsmöglichkeiten im Einklang mit den ethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit, die sich für die Stärkung von Autonomie und Teilhabe von Individuen und Gruppen einsetzen sollte (Beck, Diethelm, Kerssies, Grand & Schmocker, 2010, S. 7). Die vorliegende Arbeit trägt somit dazu bei, die Rolle der Sozialen Arbeit bei der Entwicklung und Umsetzung partizipativer Präventionsstrategien zu beleuchten und unterstreicht die Bedeutung der Sozialen Arbeit als wichtigen Akteur in der präventiven Arbeit mit Jugendlichen.

1.3 Aufbau der Arbeit

In dieser Arbeit wird der Fokus auf die Rolle der Jugendpartizipation in der Prävention von Jugendgewalt gelegt. Die Arbeit gliedert sich in fünf Hauptkapitel, die sowohl empirische Grundlagen als auch praktische Aspekte der Jugendpartizipation in Gemeinden beleuchten und miteinander verknüpfen. Das erste Kapitel dient als Einleitung und gibt einen Überblick über die zentrale Fragestellung und die Relevanz des Themas und definiert zentrale Begriffe.

Das zweite Kapitel widmet sich dem Konzept der Partizipation als Prävention von Jugendgewalt. Es wird untersucht, welche Risiko- und Schutzfaktoren von Jugendgewalt durch die Beteiligung von Jugendlichen in Partizipationsangeboten von Gemeinden adressiert werden

könnten. Durch die Diskussion der Risiko- und Schutzfaktoren von Jugendgewalt und deren Gegenüberstellung mit den Wirkungen von Partizipation wird der präventive Charakter von Partizipation in Gemeinden herausgearbeitet.

Das dritte Kapitel beleuchtet die Grundvoraussetzungen für eine wirksame Partizipation in den Gemeinden als strategisches Mittel zur Prävention von Jugendgewalt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Motivation der Jugendlichen zur Partizipation in Gemeinden und ihre entwicklungsbedingten Kompetenzen gelegt, die entscheidend dafür sind, ob Partizipationsangebote als präventive Massnahme gegen Jugendgewalt wirksam sein können. Darüber hinaus werden sowohl individuelle als auch strukturelle Faktoren betrachtet, die die Partizipationsmotivation und -chancen von Jugendlichen beeinflussen.

Das vierte Kapitel widmet sich der Partizipation von Jugendlichen in Partizipationsangeboten der Gemeinde. Es gibt einen Überblick über Barrieren in bestehenden Partizipationsangeboten und diskutiert Handlungsempfehlungen zur effektiveren Gestaltung von Partizipationsangeboten.

Abschliessend werden im fünften Kapitel die Ergebnisse in Bezug auf die Fragestellungen dargestellt. Die Arbeit schliesst mit einer kritischen Würdigung der Ergebnisse und einem Fazit für Praxis und Forschung.

1.4 Definitionen

Im Folgenden werden Begriffe definiert, die für die vorliegende Arbeit von wesentlicher Bedeutung sind. Damit soll eine gemeinsame Verständnisgrundlage geschaffen werden. Der Begriff der «Prävention von Jugendgewalt» wird im weiteren Verlauf der Arbeit auf Seite 13 näher definiert.

1.4.1 Jugend

Jugend gilt als eigenständige Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter (Hurrelmann & Quenzel, 2022, S. 20). Dabei gibt es die Möglichkeit, diese Phase aus juristischer oder sozialisationstheoretischer Perspektive zu betrachten. Aus juristischer Perspektive wird die Jugendphase in der Regel durch objektive Altersgrenzen definiert, die für zivil- und strafrechtliche Fragen von Bedeutung sind und die Rechte sowie Pflichten Jugendlicher in der Gesellschaft klar umreissen (Ecarius, Eulenbach, Fuchs & Walgenbach, 2011, S. 13). Beispielsweise wird in Artikel 3 Abs. 1 JStG (Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003, SR 311.1) ein Altersbereich von 10 bis 18 Jahren als Jugendalter festgelegt, um die spezifischen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Beurteilung jugendlicher Straftaten zu bestimmen. In Artikel 4 Bst. a KJFG (Kinder -und Jugendförderungsgesetz vom 30. September, SR 446.1) gilt

das Jugendalter bis zum vollendeten 25. Altersjahr, was zeigt, dass je nach Rechtsgebiet unterschiedliche Altersgrenzen verwendet werden.

Im Gegensatz dazu bietet die sozialisationstheoretische Perspektive einen umfassenderen Blick auf die Jugendphase, indem sie die Bewältigung spezifischer Entwicklungsaufgaben in den Vordergrund stellt. Diese beschreiben die individuellen Herausforderungen und gesellschaftlichen Erwartungen, die typisch für eine bestimmte Lebensphase sind (Hurrelmann & Quenzel, 2022, S. 9). Ohne nun auf die spezifischen Entwicklungsaufgaben einzugehen, kann festgehalten werden, dass aufgrund der Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft eine flexiblere und individuellere Gestaltung der Lebensphase Jugend entstanden ist und die Übergänge von der Kindheit zur Jugend und von der Jugend zum Erwachsenenalter fließender geworden sind (Hurrelmann & Quenzel, 2022, S. 17–18). Die Abgrenzung der Lebensphase kann deshalb nicht allein durch die Setzung einer Altersgrenze erfolgen. Ob jemand als Erwachsener oder Jugendlicher gilt, entscheidet sich vor allem danach, ob die Entwicklungsaufgaben bewältigt wurden (Hurrelmann & Quenzel, 2022, S. 38).

Basierend auf diesen Überlegungen wird in dieser Arbeit ein erweitertes Verständnis von Jugend als Lebensphase zwischen 10 und 25 Jahren zugrunde gelegt. Dieser Ansatz ermöglicht eine ganzheitliche Erfassung der Lebenslagen von Jugendlichen, indem er die vielschichtigen Entwicklungsprozesse innerhalb eines breiten Altersspektrums anerkennt.

1.4.2 Partizipation

«Der Begriff der Partizipation leitet sich vom lateinischen «partem capere» ab und bedeutet wörtlich übersetzt «einen Teil (weg-)nehmen» (Moser, 2010, S. 73). «Damit sind Inhalte wie «jemanden an etwas teilnehmen lassen» oder «an etwas teilhaben» gemeint» (Reisenauer, 2020, S. 3). Heutzutage wird Partizipation häufig als ein Überbegriff für Begriffe wie Teilhabe, Teilnahme, Einbindung, Beteiligung und Mitwirkung verwendet. Diese breite Anwendung birgt jedoch das Risiko, nahezu jede Form sozialer Interaktion als Partizipation zu interpretieren (Reichenbach, 2006, S. 54). Vor diesem Hintergrund argumentiert Reichenbach (2006, S. 54) für eine präzisere Definition von Partizipation, nämlich als die «Einbindung von Individuen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse». Anknüpfend an Reichenbachs Plädoyer für eine engere Definition von Partizipation, vertieft Fatke (2007, S. 20) diese Diskussion, indem er die Wichtigkeit betont, den Fokus speziell auf Entscheidungsprozesse zu legen. Dies dient dem Zweck, dem Konzept der Partizipation seine ursprüngliche Bedeutung zurückzugeben und es von simplen Vorstellungen des Dabeiseins und Mitmachens zu unterscheiden. Fatke argumentiert, dass von echter Partizipation erst dann gesprochen werden sollte, «wenn junge Menschen an Entscheidungen, die sie betreffen, mitwirken, wenn sie in wichtigen Belangen mitbestimmen und auf diese Weise aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten» (Fatke, 2007, S. 20).

Vor diesem Hintergrund hebt UNICEF (2021, S. 8) die Bedeutung von Partizipation in allen Lebensbereichen hervor und definiert sie für Kinder und Jugendliche folgendermassen: «Echte Partizipation heisst, Kinder und Jugendliche in alle Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, aktiv und glaubwürdig einzubeziehen.» Diese Definition von Partizipation bildet die Grundlage für die vorliegende Arbeit. Die beiden Begriffe „Partizipation“ und „Beteiligung“ werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

1.4.3 Partizipationsangebote in Gemeinden

In der vorliegenden Arbeit wird der Fokus auf die Rolle der Partizipation von Jugendlichen auf Gemeindeebene gelegt, die eine direkte Schnittstelle zur Alltagswelt der Jugendlichen darstellt (Rieker et al., 2016, S. 9). Diese Nähe macht Partizipationserfahrungen besonders greifbar und relevant, da sie jungen Menschen ermöglicht, konkret und unmittelbar Einfluss auf ihre unmittelbare Lebensumgebung zu nehmen (UNICEF, 2021, S. 2). Um ein umfassendes Verständnis davon zu entwickeln, was in dieser Arbeit unter Partizipationsangeboten in Gemeinden verstanden wird, werden drei von UNICEF (2021, S. 22–23) differenzierte Partizipationsformen einbezogen:

- Offene Partizipation: Diese Form der Partizipation zeichnet sich durch ihre Zugänglichkeit aus. Sie ermöglicht es allen interessierten Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Zeit und Ort, ihre Meinungen und Ideen frei zu äussern. Beispiele für solche Partizipationsangebote sind eine Jugendsprechstunde im Gemeinderat, Online-Umfragen, Ideenbriefkästen oder ein Jugendforum zu selbstgewählten Themen.
- Formelle Partizipation: Diese Form basiert auf institutionalisierten Strukturen mit festgelegten Rechten und Pflichten für die Beteiligten und einer direkten Anbindung an Entscheidungsträger. Sie ermöglicht es einer repräsentativen Gruppe von Kindern und Jugendlichen, stellvertretend für alle Beteiligten, echte Demokratieerfahrungen zu sammeln und substanziellen Einfluss auszuüben. Beispiele für solche Partizipationsangebote sind Kinder- und Jugendparlamente, Öffnung und Ergänzung der Gemeindeversammlung für Jugendliche, Einsitz von Jugendlichen in Kinder- und Jugendkommissionen oder Jugendmotionen/-postulate.
- Projektbezogene Partizipation: Diese Form konzentriert sich auf die Beteiligung an konkreten, zeitlich und thematisch begrenzten Projekten. Beispiele für solche Partizipationsangebote sind Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, Projektwochen zu selbst gewählten Themen oder Projekte zur Stadtplanung.

Durch die Integration dieser unterschiedlichen Partizipationsformen wird ein mehrdimensionaler Ansatz verfolgt, der es Jugendlichen ermöglicht, auf vielfältige Weise Einfluss zu nehmen und sich aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinde zu beteiligen (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 2).

1.4.4 Jugendgewalt

Eine allgemeingültige Definition von Jugendgewalt gibt es nicht, da sie erstens aus unterschiedlichen Blickwinkeln verschiedener Disziplinen wie Recht, Psychologie, Soziologie und Kriminologie betrachtet wird und zweitens immer im historischen und gesellschaftlichen Kontext verstanden und bewertet werden muss (Eisner & Steiner, 2009, S. 6; Kilb, 2011, S. 17). Darauf verweist auch der Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (2008), der sich dann aber aufgrund pragmatischer Überlegungen für folgende strafrechtliche Definition entscheidet, die für die weiteren Ausführungen in dieser Arbeit gültig ist: «Als Jugendgewalt gelten vorsätzliche strafbare Handlungen von Personen unter 18 Jahren, die entweder gegen Leib und Leben (Tötungsdelikte, Körperverletzungen usw.), gegen die Freiheit (Drohung, Nötigung usw.) oder gegen die sexuelle Integrität (sexuelle Nötigung, Vergewaltigung usw.) gerichtet sind» (S. 8). Abweichend von dieser Definition ist die Altersgrenze für Jugendliche im Sinne der obigen Definition von Jugend.

2 Prävention, Partizipation und Jugendgewalt

Begründungen für (mehr) Partizipation werden aus sehr unterschiedlichen Kontexten abgeleitet, wobei die Menschenrechte als die grundlegendste und weitreichendste Legitimation für die Beteiligung von Jugendlichen gelten (Olk & Roth, 2007, S. 25). Unabhängig von der Gesellschaft, in der sie leben, haben Jugendliche die gleichen grundlegenden Menschenrechte wie alle anderen Menschen, was ihre Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen legitimiert (Olk & Roth, 2007, S. 108). Neben dieser grundsätzlichen Legitimation gibt es weitere Begründungsmuster, die die Notwendigkeit von Partizipation unterstreichen. Politische, pädagogische und dienstleistungstheoretische Perspektiven bieten unterschiedliche Ansätze, die Bedeutung der Partizipation von Jugendlichen hervorzuheben (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 63–64). Politische Argumentationen betonen die Notwendigkeit, die Stimme der Jugendlichen in politischen Entscheidungsprozessen zu hören, um beispielsweise Inhalte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 63–64). Pädagogische Begründungen sehen Partizipation als wesentlich für das Lernen, die Erziehung und Bildung an (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 63). Sie modellieren Partizipation als ein Mittel zur Förderung von Demokratiekompetenzen und sozialer Integration, während dienstleistungstheoretische Ansätze die Optimierung der Abstimmung von Angebot und Nachfrage durch die Beteiligung der Nutzer:innen hervorheben (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 63).

Partizipation: Jugendliche in alle Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, aktiv und glaubwürdig einzubeziehen, wird in dieser Arbeit als zentrales Instrument der Gewaltprävention verstanden. Dieses Kapitel entfaltet die Bedeutung von Partizipation in der Gemeinde nicht nur als Recht, sondern als ein Instrument Risikofaktoren von Jugendgewalt entgegenzuwirken und Schutzfaktoren zu verstärken. Unter Prävention von Jugendgewalt wird daher das gezielte Entgegenwirken von Risikofaktoren und die Verstärkung von Schutzfaktoren verstanden.

Zunächst werden die verschiedenen Ebenen betrachtet, auf denen Jugendgewalt entsteht. Anschliessend werden die spezifischen Einflussfaktoren, die sowohl als Risiko- als auch als Schutzfaktoren bekannt sind, detailliert analysiert. Darauf aufbauend wird diskutiert, welche dieser Faktoren durch Partizipationsangebote in den Gemeinden adressiert, werden könnten.

2.1 Ebenen der Entstehung von Jugendgewalt

Gewalt lässt sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen, sondern ergibt sich aus einem komplexen Gefüge vielfältiger Einflussfaktoren, die auf unterschiedlichen Ebenen wirken (Eisner & Steiner, 2009, S. 14). Um dies aufzuzeigen greift die Gewaltforschung seit vielen

Jahren auf das ökologische Modell zurück (Eisner & Steiner, 2009, S. 14). Die Stärke des Modells liegt in seiner Fähigkeit, die Vielzahl der Einflussfaktoren, die zur Entstehung von Gewalt beitragen, zu differenzieren und einen Rahmen zum Verständnis ihres Zusammenwirkens zu bieten (Weltgesundheitsorganisation, 2003, S. 13).

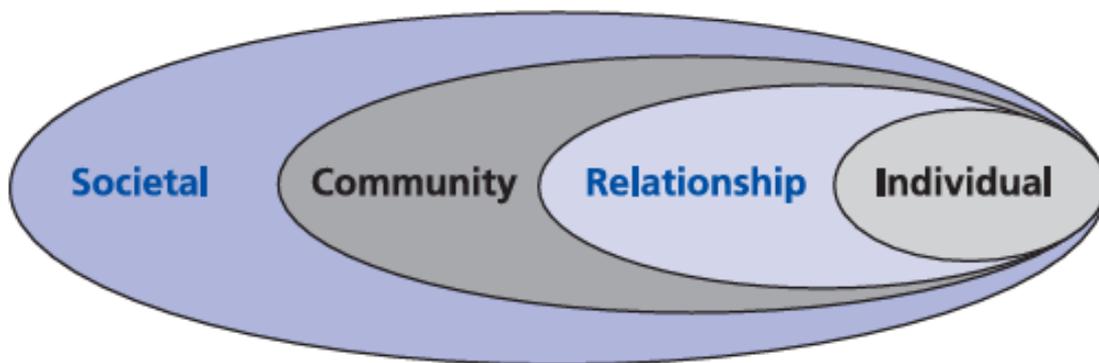


Abbildung 1: Ökologisches Modell der Entstehung von Gewalt

Quelle: Weltgesundheitsorganisation, 2003, S. 13

Wie in Abbildung 1 ersichtlich ist, werden von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2003, S. 13–14) vier Ebenen unterschieden:

- Individuum: Auf der ersten Ebene werden biologische, psychologische und intellektuelle Faktoren erfasst, die das individuelle Verhalten beeinflussen und die Wahrscheinlichkeit erhöhen, Täter:in von Gewalt zu werden.
- Beziehungsebene: Die zweite Ebene ist die Beziehungsebene, auf der die engen zwischenmenschlichen Beziehungen zu Familie, Freunden und Gleichaltrigen daraufhin untersucht werden, inwieweit sie das Risiko erhöhen, Täter:in von Gewalt zu werden.
- Gemeinschaftsebene: Auf der dritten Ebene geht es um die sozialen Beziehungskontexte der Gemeinschaft wie Schule, Arbeitsplatz und Nachbarschaft und die für die jeweiligen Settings charakteristischen Einflussfaktoren.
- Gesellschaftsebene: Auf der vierten Ebene geht es um gesellschaftliche Faktoren im weiteren Sinne, die ein Klima schaffen, das Gewalt begünstigt oder ihr entgegenwirkt.

Diese Ebenen interagieren ständig und verstärken oder modifizieren das Risiko, gewalttätig zu werden. Ein Jugendlicher, der zu aggressivem Verhalten neigt (Individuum), kann durch ein Umfeld, das Gewalt normalisiert (Beziehungsebene), und durch eine Gemeinschaft mit hoher Isolierung (Gemeinschaftsebene), in seinem Verhalten bestärkt werden (WHO, 2003, S. 14).

2.2 Risiko- und Schutzfaktoren von Jugendgewalt

Nachdem das ökologische Modell die verschiedenen Ebenen aufgezeigt hat, auf denen Einflussfaktoren wirken können, ist es nun wichtig, die spezifischen Risiko- und Schutzfaktoren innerhalb dieser Ebenen zu erläutern.

Risikofaktoren bezeichnen bestimmte Prozesse oder Merkmale, die die Wahrscheinlichkeit für unerwünschte Ereignisse steigern und als Auslöser für ein spezifisches Problem, in diesem Kontext Jugendgewalt, angesehen werden (Eisner & Steiner, 2009, S. 15). Das Wissen über Risikofaktoren schafft Einsichten in die Möglichkeiten zur Verhinderung von Jugendgewalt (Beumer, Jonkman & Vergeer, 2013, S. 11). Gewaltprävention kann deshalb anstreben, jene Risikofaktoren zu reduzieren, die mit Jugendgewalt ursächlich verbunden sind (Eisner et al., 2009, S. 5).

Die Schutzfaktoren mildern die negativen Auswirkungen von Risikofaktoren ab oder heben sie sogar auf (Eisner et al., 2009, S. 4). Dabei ist nach Beumer et al. (2013, S. 57) zu berücksichtigen, dass Schutzfaktoren nicht der logische Gegenpol zu Risikofaktoren sind, sondern als Puffer gegen Risiken wirken können. Sie liefern die Erklärung dafür, dass nicht jede Person, die Risikofaktoren ausgesetzt ist, gewalttätiges Verhalten entwickelt (Eisner & Steiner, 2009, S. 15). Das Wissen über Schutzfaktoren gibt die Möglichkeit, positiven Einfluss auf die soziale Entwicklung von Jugendlichen zu nehmen (Beumer et al., 2013, S. 14). Gewaltprävention kann daher versuchen, Schutzfaktoren zu stärken oder aufzubauen. Dies ist insbesondere dann sinnvoll, wenn Risikofaktoren nicht mehr beeinflusst werden können (Eisner et al., 2009, S. 5). Angebote zur Förderung von Schutzfaktoren in Gemeinden werden zudem von Fabian, Käser, Klöti & Bachmann (2014, S. 4) als wirksamer eingeschätzt als Angebote zur Minderung von Risikofaktoren. Warum dies der Fall ist, wird allerdings nicht näher erläutert. Gemäss einer Studie von Pollard, Hawkins & Arthur (1999, S. 156) ist für eine nachhaltige Prävention von Jugendgewalt der Fokus auf den Aufbau von Schutzfaktoren ebenso wichtig wie der Abbau von Risikofaktoren.

Die Risiko- und Schutzfaktoren verändern sich in ihrer Bedeutung im Laufe der Entwicklung eines Individuums von der frühen Kindheit bis zum Ende der Pubertät (Eisner & Steiner, 2009, S. 14). Mit dem Heranwachsen eines Menschen vergrössert sich der Kreis seiner sozialen Interaktionen und diese überlagern sich: Was mit der Familie beginnt, erweitert sich auf die Schule, den Kreis der Gleichaltrigen, die Nachbarschaft und schliesslich auf umfassendere gesellschaftliche Zusammenhänge (Eisner & Steiner, 2009, S. 14). So ist beispielsweise der Einfluss der Familie in der frühen Kindheit gross, während bei Jugendlichen die Peergroup und die Nachbarschaft an Bedeutung gewinnen (Scheithauer, Rosenbach, Niebank & Kahl, 2012, S. 51).

Risikofaktoren von Jugendgewalt

Beumer et al. (2013, S. 11) haben in einer Metaanalyse sechzehn Risikofaktoren zusammengefasst, die aufgrund ihrer signifikanten Korrelation mit Jugendgewalt in mindestens zwei unabhängigen Längsschnittstudien hervorgehoben wurden. Weitere Risikofaktoren wurden von der WHO (2003, S. 13–14) in ihrem Weltbericht über Gewalt und Gesundheit aufgeführt, während Eisner und Steiner (2009, S. 14–16) zusätzliche Faktoren aufgriffen, die in der wissenschaftlichen Literatur zur Gewaltforschung bestätigt wurden. Auf welche Fachliteratur sich Eisner & Steiner (2009) beziehen, wird in Ihrer Studie nicht näher erläutert. Diese Risikofaktoren sind in Abbildung 2 entlang der vier Ebenen zusammengefasst und visualisieren die verschiedenen Risikofaktoren für Jugendgewalt.

Risikofaktoren und Jugendgewalt	
Individuum: Biologische und individuelle Merkmale	Gemeinschaft: Nachbarschaft
Geschlecht (männlich)	Geringe soziale Kontrolle
Ruhelosigkeit	Verfügbarkeit von Alkohol, Drogen und Waffen
Risikobereitschaft	Wenig Bindung in der Nachbarschaft
Mangelnde Frustrationstoleranz	Desorganisation in einem Gebiet
Unterdurchschnittliche Intelligenz	
Geringe Empathie	
Aggressive Problemlösungsmuster	
Gewaltbefürwortende Einstellungen	
Früher Beginn von Problemverhalten	
Konsum gewaltdarstellender Medien	
Beziehungsebene: Familie	Gemeinschaft: Schule
Geschichte von Problemverhalten in Familie	Lernrückstände beginnend in der Grundschule
Konflikte/Gewalt in der Familie und zwischen den Eltern	Fehlende Bindung zur Schule und Lehrperson
Drogenkonsum der Eltern	Frühes und anhaltendes unsoziales Verhalten
Depression der Mutter	
Vernachlässigung / Kindesmisshandlung	
Beziehungsebene: Freunde	Gesellschaft
Rückweisung von Gleichaltrigen	Arbeitslosigkeit
Freundschaft mit delinquenten Gleichaltrigen	Einkommensungleichheit
Mitgliedschaft in delinquenter Clique	Gewalt in den Medien

Abbildung 2: Zusammenfassung von Risikofaktoren zu Jugendgewalt

Quelle: Eigene Darstellung (Beumer et al., 2013, S. 13–14; Eisner & Steiner, 2009, S. 14–16; Weltgesundheitsorganisation, 2003, S. 13–14)

Schutzfaktoren von Jugendgewalt

Die Resilienzforschung, insbesondere im Bereich der Prävention von Jugendgewalt, hat wichtige Schutzfaktoren identifiziert, die Jugendliche davor bewahren können, in gewalttätiges Verhalten abzugleiten (Eisner & Steiner, 2009, S. 15). Diese Schutzfaktoren sind:

1. **Positive und stabile Bindungen:** Eine sichere Bindung an Erwachsene innerhalb und ausserhalb der Familie, stabile soziale Beziehungen zu Gleichaltrigen und ein unterstützendes Erziehungsumfeld wirken als starke Schutzfaktoren (Bengel, Meinders-Lücking & Rottmann, 2009, S. 106–110; Bernhard, 2006, S. 7).

2. **Struktur:** Eng verbunden mit der Bildung von Bindungen ist die Schaffung einer klaren Struktur (Bernhard, 2006, S. 7). Damit ist ein geordneter räumlicher und zeitlicher Rahmen gemeint, innerhalb dessen Normen und Werte den Alltag der Jugendlichen strukturieren und ihnen Orientierung bieten. Eine solche Struktur gibt den Jugendlichen Halt in der Gemeinschaft (Bernhard, 2006, S. 7).
3. **Selbst- und soziale Kompetenzen:** Die Entwicklung von Selbstkompetenz, inklusive der Fähigkeit, den eigenen Standpunkt zu vertreten, Anpassungsfähigkeit und Selbstwirksamkeitserwartungen, sowie soziale Kompetenzen, wie die Bereitschaft zur kooperativen Problemlösung oder Empathie sind entscheidend (Eisner & Steiner, 2009, S. 15). Diese Fähigkeiten ermöglichen es Jugendlichen, Konflikte konstruktiv zu lösen und Bedürfnisse auf positive Weise zu befriedigen, anstatt auf destruktive Aggressivität oder Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen zurückzugreifen (Eisner & Steiner, 2009, S. 15).

Durch die Stärkung dieser Schutzfaktoren können Jugendliche widerstandsfähiger gegenüber den Risikofaktoren werden, die zu gewalttätigem Verhalten führen könnten (Bengel et al., 2009, S. 19).

2.3 Gewaltprävention durch Partizipation in Gemeinden

Das Modell der Risiko -und Schutzfaktoren macht deutlich, dass auf mehreren Ebenen gleichzeitig gehandelt werden muss, wenn Jugendgewalt verhindert werden soll (Weltgesundheitsorganisation, 2003, S. 14). Dabei können Präventionsmassnahmen nach verschiedenen Kriterien unterschieden werden. Besonders hilfreich ist die Unterscheidung zwischen universeller, selektiver und indizierter Prävention (Eisner et al., 2009, S. 4).

- Universelle Prävention zielt auf die Gesamtheit einer Gruppe ab, ohne dass spezifische Risikofaktoren vorhanden sein müssen. Sie bietet allen Gruppenmitgliedern dieselben Massnahmen an (Eisner et al., 2009, S. 4). Ein Vorteil der universellen Prävention ist, dass sie niemanden stigmatisiert und eine breite Wirkung erzielen kann (Baier, Pfeiffer, Rabold, Simonson & Kappes, 2010, S. 2018). Allerdings gehen universelle Massnahmen oft mit hohem Aufwand einher, da die verfügbaren Mittel über viele Personen verteilt werden, die möglicherweise von vornherein ein geringes Risiko aufweisen, wodurch die erzielten Effekte oft gering sind (Baier et al., 2010, S. 217; Eisner et al., 2009, S. 4). Universelle Prävention ist weniger auf die Verhinderung spezifischer Gefährdungen ausgerichtet, sondern hat eher die Stärkung von Schutzfaktoren zum Ziel (Knauer, 2006, S. 35).
- Selektive Prävention richtet sich an spezifische Teilgruppen oder Individuen, die aufgrund einer erhöhten Belastung durch Risikofaktoren gekennzeichnet sind. Diese

haben ein erhöhtes Risiko, gewalttätiges Verhalten zu entwickeln. Selektive Prävention setzt voraus, dass die Verteilung von Risikofaktoren in der Zielgruppe bekannt ist (Eisner et al., 2009, S. 4). Programme, die auf belastete Risikogruppen ausgerichtet sind, können ihre Mittel gezielter einsetzen, wo sie wahrscheinlich grössere Wirkungen erzielen als die universelle und indizierte Prävention (Baier et al., 2010, S. 218). Ein Nachteil ist jedoch, dass bestimmte soziale Gruppen potenziell als gewaltgefährdet stigmatisiert werden könnten (Eisner et al., 2009, S. 4).

- Indizierte Prävention umfasst Massnahmen für Individuen, bei denen bereits Manifestationen von Problemverhalten festgestellt wurden und deren zukünftige Entwicklung verbessert werden soll. Dies schliesst Interventionen und Therapien ein, die darauf abzielen, zukünftige Handlungen zu vermeiden oder zu verringern (Eisner et al., 2009, S. 4).

Bei der Gewaltprävention durch Partizipationsangebote in Gemeinden handelt es sich um universelle Prävention, da sich die Angebote auf alle Jugendlichen in einer Gemeinde beziehen (Knauer, 2006, S. 36).

2.3.1 Wirkung von Partizipationsangeboten in Gemeinden auf Risikofaktoren

Im Zusammenhang mit der Partizipation in den Gemeinden ist der Risikofaktor «Wenig Bindung in der Nachbarschaft» von besonderer Bedeutung. Dieser Faktor könnte nach der Fachliteratur durch Partizipationsangebote in Gemeinden positiv beeinflusst werden (Bühlmann, 2010, S. 219; okay zürich, 2006, S. 10; Stange, 2001, S. 232). Risikofaktoren auf familiärer und gesellschaftlicher Ebene liegen nach Olk & Roth (2007, S. 98) ausserhalb der Reichweite, die durch Partizipationsangebote in den Gemeinden beeinflusst werden können.

Die Qualität der Bindungen in der Nachbarschaft spiegelt wider, wie eng die Bewohnerinnen und Bewohner eines Wohngebiets miteinander verbunden sind, ob sie sich zugehörig fühlen, sozial unterstützt werden und gemeinsame Werte und Normen teilen (Grütter & Buchmann, 2022, S. 442). Beumer et al. (2013, S. 34) betonen, dass die Verbundenheit mit der Nachbarschaft und dem Wohnquartier massgeblich davon beeinflusst wird, ob die Bewohner:innen das Gefühl haben, selbst aktiv Veränderungen in ihrem Leben und in der Gemeinschaft herbeiführen zu können. Stange (2001, S. 232) stellt fest, dass sich durch Partizipationsprozesse die Beziehungen zwischen Bürger:innen – sowohl jungen als auch erwachsenen – und politischen sowie administrativen Entscheidungstragenden verbessern. Dies führt zu einer intensiveren Kommunikation zwischen allen beteiligten Gruppen und verbessert letztendlich das Gesamtklima in der Gemeinschaft. Aus diesen verschiedenen Aspekten resultiert eine gesteigerte Lebensqualität für alle Beteiligten (Stange, 2001, S. 232).

Bühlmann (2010, S. 203) hat in Schweizer Gemeinden untersucht, wie die kommunale Identität beeinflusst wird. Unter kommunaler Identität versteht er die Verbundenheit eines Individuums mit seiner Wohngemeinde und seine soziale Einbindung in das kommunale Umfeld (Bühlmann, 2010, S. 204). Er stellt in seiner Studie fest, dass Gemeinden mit Partizipationsangeboten die Kommunikation zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern stärken können und dass die kommunale Identität gestärkt werden kann (Bühlmann, 2010, S. 219). Auf eine ähnliche Wirkung verweist auch die *okaj zürich* (2006, S. 10), laut Ihnen schaffen Partizipationsangebote in der Gemeinde neue, teilweise generationenübergreifende Beziehungen und stärken bestehende in der Gemeinde. Weiter würde die Zusammenarbeit mehr gegenseitiges Verständnis schaffen und Vorurteile könnten so abgebaut werden.

2.3.2 Wirkung von Partizipationsangeboten in Gemeinden auf Schutzfaktoren

Bezüglich dem Schutzfaktor **positive und stabile Bindungen** haben Martin & Morgenstern (2010, S. 21) in einer qualitativen Studie zu Partizipationsangeboten der Kinder- und Jugendarbeit in Jena, Deutschland, in teilnehmenden Beobachtungen festgestellt, dass in allen elf untersuchten Partizipationsangeboten anregende neue Beziehungen zu Gleichaltrigen und Erwachsenen beobachtet werden konnte. Bei den Partizipationsangeboten wurde darauf geachtet, eine grosse Durchmischung der Zielgruppen zu erzielen (Martin & Morgenstern, 2010, S. 21).

Selbst- und soziale Kompetenzen: Von Schwanenflügel (2015, S. 85–86) untersuchte in einer qualitativen Studie die subjektive Sicht von Jugendlichen auf die Realisierung von Partizipationsangeboten in Jugendhäusern. Dabei wurde das Erleben von Selbstwirksamkeit im Zusammenhang mit ihren Partizipationserfahrungen von den Jugendlichen als äusserst bedeutsam benannt. Die Erfahrung, dass sie in ihren Aktivitäten erfolgreich sind und diese gelingen, motiviert sie nicht nur, diese weiter zu verfolgen, sondern es wurden auch Selbstwirksamkeitserwartungen, also Erwartungen an die Beherrschbarkeit, Machbarkeit und Bewältigbarkeit von Situationen gebildet (Von Schwanenflügel, 2015, S. 203–204). Selbstwirksamkeitserwartungen, die aus der erfolgreichen Beteiligung an Partizipationsangeboten resultieren, können als wichtiger Schutzfaktor gegen Gewaltverhalten bei Jugendlichen verstanden werden. Das gestärkte Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten trägt dazu bei, dass Jugendliche sich gegen aggressives Verhalten entscheiden und stattdessen konstruktive Wege zur Lösung von Konflikten suchen (S. D. McMahon, Felix, Halpert & Petropoulos, 2009, S. 905). Des Weiteren hat von Schwanenflügel (2015, S. 189–262) in ihrer Forschung folgende subjektive Bedeutungsdimensionen von Partizipationshandeln gefunden: Partizipation bewirkt Zugehörigkeit und emotionale Unterstützung, Anerkennung und Sichtbarkeit, es entwickeln sich Aneignungs- und Emanzipationsprozesse sowie Identität.

Nach Fatke & Schneider (2008, S. 16) lernen Jugendliche in Partizipationsangeboten in Gemeinden, wie demokratische Entscheidungen getroffen und unterschiedliche Meinungen einbezogen werden, um zu einem Konsens zu gelangen. Dabei wird die Konfliktlösungs- und Kritikfähigkeit gestärkt (Fatke & Schneider, 2005, S. 16). Die Erziehung zur Konfliktlösung kann dazu beitragen, Jugendgewalt in Einrichtungen, Schulen und Gemeinden zu reduzieren, indem Jugendlichen beigebracht wird, Konflikte konstruktiv zu handhaben (LeBoeuf & Delany-Shabazz, 1997, S. 3).

2.4 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurden einige wichtige Erkenntnisse gewonnen. Die Betrachtung des ökologischen Modells der Gewaltentstehung hat die Komplexität der Einflussfaktoren auf Jugendgewalt deutlich gemacht. Diese wirken auf der individuellen, der Beziehungs-, der Gemeinschafts- und der gesellschaftlichen Ebene. Innerhalb dieser Ebenen wurden spezifische Risiko- und Schutzfaktoren identifiziert, die das Risiko für gewalttätiges Verhalten bei Jugendlichen beeinflussen können.

Partizipationsangebote in Gemeinden stellen eine Form der universellen Prävention dar, die darauf abzielen, sämtliche Jugendlichen in einer Gemeinde zu erreichen. Bei der Analyse ihrer Wirkung zeigt sich, dass sie gezielt Risiko- und Schutzfaktoren beeinflussen könnten. Die direkte Einbindung der Jugendlichen in Entscheidungsprozesse, die ihr Leben betreffen, fördert nicht nur positive Bindungen und Beziehungen in der Gemeinschaft, sondern stärkt auch individuelle Selbst- und soziale Kompetenzen. Die Erfahrung, gehört und ernst genommen zu werden, trägt massgeblich zum Selbstvertrauen und zur Selbstwirksamkeit der Jugendlichen bei, was wiederum als Schutzfaktor gegen gewalttätiges Verhalten fungieren kann.

Die vorliegenden Erkenntnisse zur Wirkung von Partizipationsangeboten in Gemeinden deuten darauf hin, dass sie einen vielversprechenden Ansatz zur Prävention von Jugendgewalt darstellen könnte, indem sie sowohl auf individueller als auch auf gemeinschaftlicher Ebene wirken. Es ist jedoch zu beachten, dass die vorliegenden Erkenntnisse auf qualitativen Studien basieren und daher ihre Repräsentativität eingeschränkt ist. Für eine umfassendere Bewertung und Validierung dieser Ergebnisse wäre es daher ratsam, zukünftig auch quantitative Studien einzubeziehen.

3 Voraussetzungen für Partizipation in Gemeinden als präventive Strategie

Um die Wirksamkeit von Partizipationsangeboten als präventive Strategie gegen Jugendgewalt beurteilen zu können, ist es entscheidend, ob die Grundvoraussetzungen bei Jugendlichen erfüllt sind (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 69). Dazu gehören insbesondere die Motivation der Jugendlichen, sich an Partizipationsangeboten in der Gemeinde zu beteiligen, sowie ihre entwicklungsbedingten Partizipationskompetenzen (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 69). Die folgenden Unterkapitel konzentrieren sich daher auf eine detaillierte Betrachtung dieser Voraussetzungen.

3.1 Motivation als Voraussetzung für Partizipation in Gemeinden

In diesem Unterkapitel wird die Motivation der Jugendlichen zur Partizipation in Partizipationsangeboten analysiert, und welche Faktoren ihre grundlegende Motivation zur Partizipation beeinflussen können. Diese Analyse kann nach Knauer & Benedikt (2005, S. 70) auf zwei Ebenen erfolgen. Zum einen auf der Ebene der allgemeinen Einstellung zu Politik und Demokratie und zum anderen auf der Ebene der Einstellung zu Partizipationsangeboten in der Gemeinde (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 71; UNICEF, 2021, S. 21–22).

Zunächst wird die Motivation der Jugendlichen durch ihre Einstellungen zur formalen Politik und zur Demokratie betrachtet. Der DSJ Jugend- und Politikmonitor führt jährlich eine Befragung bei Schüler:innen der Sekundarstufe 2 in der Schweiz durch. Zum achten Mal wurden über 1'000 Schüler:innen aus verschiedenen Kantonen befragt (Jans et al., 2023, S. 4). Seit 2017 konnte in der Schweiz ein steigendes Interesse der Jugendlichen an der formellen Politik festgestellt werden. Dieser Trend wurde jedoch 2023 gestoppt. Die aktuellen Daten weisen auf eine sinkende Beteiligung an der formellen Politik hin und nur eine Minderheit der Jugendlichen kann sich vorstellen, sich politisch zu engagieren (Jans et al., 2023, S. 43). Dennoch ist die Mehrheit der Jugendlichen davon überzeugt, dass die Demokratie die besten Voraussetzungen bzw. Möglichkeiten bietet, ein partizipatives (63%), faires und gerechtes (59%) sowie gutes Leben (53%) zu führen (Jans et al., 2023, S. 8).

In Bezug auf die Machtgestaltung hält jeder fünfte Jugendliche es für vorteilhaft für das Land, wenn die Macht bei einer Führungsfigur liegt (Jans et al., 2023, S. 9). Die Vorstellung, dass die Macht auch in einer Demokratie nur unter wenigen Personen aufgeteilt wird und das breite Volk wenig zu sagen hat, wird von mehr als einem Viertel der Befragten geteilt, was von den Forschenden als beachtenswert angesehen wird (Jans et al., 2023, S. 9). Dies ist für die Motivation zur Partizipation relevant, da in idealen Partizipationsprozessen

Entscheidungen typischerweise in einem breit angelegten demokratischen Rahmen getroffen werden, in dem die Macht nicht zentralisiert ist (UNICEF, 2021, S. 8).

In Bezug auf das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure zeigen Jugendliche ein ähnliches Vertrauen wie die breite Bevölkerung (Jans et al., 2023, S. 7). Am höchsten ist das Vertrauen in Personen aus Forschung und Wissenschaft. Auch den staatlichen Institutionen bringen die meisten Jugendlichen ein eher grosses bis sehr grosses Vertrauen entgegen. Am besten schneidet dabei der Bundesrat ab, gefolgt von National- und Ständerat, Gemeinderat beziehungsweise Stadtregierung sowie der Regierung des eigenen Kantons. Das Vertrauen in politische Parteien, Politiker:innen und Medien bleibt hingegen ausgesprochen tief (Jans et al., 2023, S. 7). Diese Diskrepanz im Vertrauensniveau kann sich negativ auf die Motivation zur Partizipation auswirken, insbesondere da Partizipationsangebote oft von politischen Strukturen unterstützt werden und eine Zusammenarbeit mit regionalen Politiker:innen und Parteien teilweise erforderlich ist (Krüger, 2008, S. 319; UNICEF, 2021, S. 26). Beispielsweise können politische Entscheidungsträger ein Partizipationsprojekt finanziell unterstützen oder Entscheidungen müssen im Einverständnis mit ihnen getroffen werden (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 33). Das geringe Vertrauen in diese Akteure könnte daher Jugendliche davon abhalten, sich in von Politikern oder Parteien geleiteten Partizipationsprozessen zu engagieren (Rieker et al., 2016, S. 11).

In einer Studie von Fatke und Niklowitz (2003, S. 45–46) am Pädagogischen Institut der Universität Zürich wurde 2003 das Partizipationsverhalten von rund 12'800 Jugendlichen und Kindern im Alter von 9 bis 16 Jahren aus verschiedenen Schweizer Gemeinden untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass 72 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen den Wunsch äussern, sich aktiv an den Belangen ihrer Gemeinde zu beteiligen (Fatke & Niklowitz, 2003, S. 69). Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde wurden jedoch nur von sieben Prozent der Befragten wahrgenommen. Im Vergleich dazu berichten rund 48 Prozent der Befragten von Partizipationsmöglichkeiten in der Familie und 39 Prozent in der Schule (Fatke & Niklowitz, 2003, S. 53).

Rieker et al. (2016, S. 64) haben 2013 eine ähnliche Studie mit teilweise identischen Fragen durchgeführt, wobei die wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten von durchschnittlich 7 Prozent auf 18 Prozent in der Gemeinde angestiegen sind. Zudem wurde festgestellt, dass jüngere Befragte tendenziell aktiver in den Partizipationsangeboten ihres Wohnortes sind als ältere (Fatke & Niklowitz, 2003, S. 66). Dies bestätigte sich auch in der Untersuchung von Rieker et al. (2016, S. 64–65). Des Weiteren hat eine Studie von Scoop it 2.0 in der Schweiz und Lichtenstein gezeigt, dass die Bereitschaft zur Partizipation auf Gemeindeebene bei vielen Jugendlichen grundsätzlich vorhanden ist. So gaben 45% der befragten Jugendlichen mit

einem Durchschnittsalter von 16,8 Jahren an, dass sie mehr oder viel mehr auf Gemeindeebene partizipieren möchten (Cajacob, 2014, S. 64).

Wie festgestellt wurde, spielt das Alter für die Partizipation in der Gemeinde eine wesentliche Rolle (Fatke & Niklowitz, 2003, S. 66; Rieker et al., 2016, S. 64–65). Allerdings beeinflussen auch andere Faktoren die Partizipationsmotivation und -chancen von Jugendlichen:

Familiäre Erziehung: Ein unterstützender und fürsorglicher Erziehungsstil wirkt sich positiv auf die Partizipation von Jugendlichen in der Gemeinde aus (Rieker et al., 2016, S. 84). Im Gegensatz dazu führt ein straforientierter Erziehungsstil oft zu weniger Partizipation in der Gemeinde. Dies erscheint für Rieker et al. (2016, S. 84) plausibel, da damit soziale Verhaltensweisen von den Eltern vorgelebt werden, die weniger auf Partizipation oder Teilhabe, sondern eher auf die Durchsetzung elterlicher Normen verweisen, während ein unterstützender und fürsorglicher Erziehungsstil das Gegenteil bewirken kann. Rieker et al. (2016, S. 84–85) gehen in ihrer Analyse noch einen Schritt weiter und untersuchen neben der direkten Wirkung des elterlichen Erziehungsstils auch dessen vermittelnde Bedeutung. So steht ein unterstützender und fürsorglicher Erziehungsstil in einem positiven Zusammenhang mit berichteter Empathie und Angaben zu freiwilliger Hilfe für andere sowie mit Angaben zu Freundschaftsbeziehungen und Beliebtheit bei Gleichaltrigen (Rieker et al., 2016, S. 85). Ein straforientierter Erziehungsstil hingegen steht in einem negativen Zusammenhang mit dem berichteten sozialen Engagement, den Angaben zu Freundschaftsbeziehungen sowie dem Eindruck der Kinder und Jugendlichen, bei Gleichaltrigen beliebt zu sein. Wie in den folgenden Abschnitten gezeigt wird, hat der Erziehungsstil zusätzlich eine vermittelnde Bedeutung für die Partizipation in den Gemeinden (Rieker et al., 2016, S. 85).

Peer-Einfluss: Rieker et al. (2016, S. 75) konnten zeigen, dass auch die Bedeutung von Gleichaltrigen (Peers) bedeutsam ist. Jugendliche, die positive Interaktionen mit Freunden haben, positive Gruppenerfahrungen machen und im Peerkontext beliebt sind, partizipieren häufiger in den Gemeinden. Im zunehmenden Alter geht aber die Bedeutung der Peers für Partizipation in Gemeinden leicht zurück (Rieker et al., 2016, S. 82). Ein Grund für den Peer-Einfluss könnte nach Krüger (2008, S. 313) dafür sein, dass die Peergroup einen wichtigen Kontext für den Austausch über Partizipationserfahrungen bietet und somit die Partizipationsbereitschaft stärken kann.

Einfluss neuer Medien: Die Nutzung neuer Medien als Kommunikationsmittel wie Facebook oder Twitter spielt eine entscheidende Rolle für die Partizipation von Jugendlichen in der Gemeinde (Rieker et al., 2016, S. 81). Jugendliche, die die Kommunikationsmedien aktiv nutzen, zeigen eine höhere Partizipation in der Gemeinde. Diese Medien dienen nicht nur dem persönlichen Rückzug, sondern werden gezielt genutzt, um soziale Kontakte zu knüpfen,

sich über bestimmte Themen auszutauschen und die eigene Meinung zu artikulieren. Mit zunehmendem Alter gewinnt die Nutzung neuer Medien für die Partizipation in Gemeinden an Bedeutung (Rieker et al., 2016, S. 82).

Sozioökonomische Faktoren: Die Studie von Fatke und Niklowitz (2003, S. 29, 97) zeigt, dass der Schulstatus und der finanzielle Hintergrund der Familie bedeutende Faktoren sind, die die Partizipationschancen in der Gemeinde beeinflussen. Höherer Schulstatus und bessere finanzielle Ressourcen führen zu erhöhter Partizipation in Gemeinden.

Die Analyse verdeutlicht, dass, obwohl ein grosser Teil der schweizerischen Jugendlichen Interesse an der Partizipation auf Gemeindeebene zeigt, die tatsächliche Partizipation gering ausfällt. Fatke und Niklowitz (2003, S. 69) bringen die daraus resultierende Frustration und die Vergeudung von Partizipationspotenzial auf den Punkt: «Welch hohes Mass an Enttäuschung und Frustration muss sich hinter dieser Diskrepanz verbergen, und welche Vergeudung von Mitgestaltungsressourcen auf Seiten der Kinder und Jugendlichen in der Gemeinde bedeutet das!». Diese Kluft deutet auf Barrieren hin, die die Partizipation behindern und die es zu identifizieren und zu überwinden gilt (Rieker et al., 2016, S. 197). Eine detaillierte Betrachtung dieser Barrieren wird in Kapitel 4.1 vorgenommen. Die Einflussfaktoren, die die Partizipationsmotivation und -chancen von Jugendlichen beeinflussen, wie familiäre Erziehung, Peer-Einflüsse, der Einfluss neuer Medien und sozioökonomische Faktoren sind entscheidend für das Verständnis der Dynamik der Partizipation. Diese Faktoren werden in Kapitel 4.2 weiterführend diskutiert, um Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Jugendpartizipation zu formulieren.

3.2 Entwicklungsbedingte Voraussetzungen für Partizipation in Gemeinden

In der Diskussion über Partizipation von Jugendlichen werden oft Bedenken hinsichtlich ihrer entwicklungspsychologischen und moralischen Reife geäussert. Kritiker:innen zweifeln, ob Jugendliche die kognitive Fähigkeit besitzen, um sich wirksam an Partizipationsprozessen zu beteiligen (Hanselmann, 2011, S. 14; Moser, 2010, S. 228).

In der Fachliteratur finden sich hierzu unterschiedliche Perspektiven. Zimmermann und Schmuziger (2021, S. 6) weisen darauf hin, dass es insbesondere in Bezug auf die Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden Bereiche gibt, in denen die Anforderungen so hoch sind, dass die Jugendlichen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, diese Herausforderungen nicht ohne die Unterstützung von Förderpersonen bewältigen können. Diesen Förderpersonen kommt daher eine zentrale Rolle für die Realisierung und das Gelingen der Partizipation zu. Zimmermann und Schmuziger (2021, S. 1) sprechen hier vor allem von hochschwelligem Bereichen oder Prozessen, die voraussetzungsreich sind. Als Beispiel kann ein Jugendrat

genannt werden, bei dem Jugendliche beratende Funktionen einnehmen, Jugendanliegen in Gemeinden sammeln und in der Gemeinde einbringen müssen oder wenn es sich um aufwändige und anspruchsvolle Prozesse handelt, wie beispielsweise das Entwickeln von Projektdossiers zuhanden einer Gemeindebehörde (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 34).

Eine ähnliche Perspektive wird aus der Sicht der politischen Akteure:innen eingenommen, wobei hier weniger die Bereiche oder Prozesse der Partizipation in der Kommune als vielmehr die individuellen Kompetenzen im Vordergrund stehen (Hanselmann, 2011, S. 14). Jugendliche werden in dieser Sichtweise als «citizens in the making» (Hall, Coffey & Williamson, 1999, S. 512) betrachtet, also als Bürger:innen, die sich bestimmte Fähigkeiten erst noch aneignen müssen. Es wird angenommen, dass Jugendliche noch lernen müssen, ihre Meinungen zu entwickeln, auszudrücken, zu verteidigen und andere Ansichten zu akzeptieren (Wittwer, 2015, S. 20). Diese Sichtweise deutet darauf hin, dass Jugendliche in der gegenwärtigen Phase noch nicht vollständig an gesellschaftlichen Partizipationsprozessen beteiligen können (Walther, Pohl, Reutlinger & Wigger, 2019, S. 207).

Entgegen diesen Bedenken zeigen entwicklungspsychologische Studien, dass Jugendliche in verschiedenen Altersstufen durchaus in der Lage sind, komplexe Entscheidungen zu treffen und sich an Diskussionen zu beteiligen, die ihre unmittelbare Umgebung betreffen (Hanselmann, 2011, S. 14–15). Schröder (1995, S. 19) entdeckte in einer umfassenden Studie zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung, dass bereits Vier- bis Sechsjährige fähig sind, sich Meinungen zu Themen zu bilden, die sie unmittelbar betreffen, wie etwa ihren Wohnort oder spezifische Spiel- und Aufenthaltsorte, und diese Meinungen auch Erwachsenen gegenüber zu vertreten. Im Alter von sechs bis zehn Jahren erweitert sich diese Fähigkeit auf ihren gesamten unmittelbaren Lebensbereich wie das Haus und das Wohnumfeld. Ab dem zehnten Lebensjahr beginnen Jugendliche, abstrakt zu denken und klarer zwischen eigenen und fremden Interessen zu unterscheiden. Ab dem 14. Lebensjahr erreicht das Abstraktionsvermögen und das Denken in subjektiven und allgemeinen Kategorien das Niveau eines Erwachsenen (Schröder, 1995, S. 19).

Piaget (1986, S. 205) beobachtete bereits 1973, dass Kinder ab elf Jahren in der Lage sind, von konkreten Einzelfällen zu abstrahieren und allgemeine Urteile zu fällen. Kohlberg erweiterte diese Beobachtungen in seinen Studien zur Moralentwicklung und identifizierte verschiedene Entwicklungsphasen: die prä-moralische, konventionelle und postkonventionelle Phase (Kramer, 1995, S. 51–52). Er stellte fest, dass Jugendliche ab zehn Jahren eine konventionelle Moralvorstellung entwickeln können, was bedeutet, dass sie allgemeine gesellschaftliche Normen und Regeln nicht nur verstehen und begründen, sondern auch mitgestalten können (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 70). In diesem Entwicklungsstadium haben Jugendliche bereits die Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen und Fragen aus

verschiedenen Perspektiven zu betrachten (Kramer, 1995, S. 52). Sie sind fähig zu komplexen sozialen und sachlichen Kompromissen, die über einfache egoistische Sichtweisen hinausgehen. Mit zunehmendem Alter sind sie in der Lage, eine postkonventionelle Moral zu entwickeln, die über bestehende gesellschaftliche Regeln und Normen hinausgeht und moralische Entscheidungen an höheren Prinzipien wie der Menschenwürde, dem Schutz des Lebens und der Freiheit oder der Gerechtigkeit ausrichtet (Kramer, 1995, S. 52). Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Jugendlichen diese Kompetenzen besitzen und nicht zwingend alle Entwicklungsphasen durchlaufen; genauso wie dies auch bei Erwachsenen nicht immer der Fall ist. Dies hängt von ihren sozialen und moralischen Lernerfahrungen und ihren kognitiven Kompetenzen ab (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 70). Knauer & Benedikt (2005, S. 70) halten die Sichtweise von Piaget oder Kohlberg aber für wichtig, weil sie zeigt, dass Jugendliche grundsätzlich in der Lage sind, solche Kompetenzen zu erwerben und damit auch die Fähigkeit besitzen, sich darin zu entwickeln und zu verbessern.

McMahon et al. (2018, S. 128) betonen zusätzlich, dass Partizipation als ein Lernprozess verstanden werden sollte, in dem der Einzelne durch Übung allmählich eine verbesserte Fähigkeit zur Partizipation entwickelt. Dies bedeutet, dass partizipative Prozesse dynamische Lernprozesse sind, die reflexives Lernen in und aus der Aktion beinhalten (G. McMahon et al., 2018, S. 127). Einerseits fördert das Lernen durch Partizipation einen Prozess des kreativen Entstehens, da Ideen und Lösungen aus der gemeinsamen Problemlösung hervorgehen. Gleichzeitig beinhaltet das Lernen Identitätsarbeit, da junge Menschen um Anerkennung kämpfen und verstehen wollen, wer sie in der Welt sind. In dieser Hinsicht stehen individuelle und kollektive Partizipation immer in einem kreativen Spannungsverhältnis, da Einzelne und Gruppen und damit die gesamte Gesellschaft in einem positiven Wirkungsverhältnis stehen (G. McMahon et al., 2018, S. 127).

In einer interessanten Abweichung von der formalen Betrachtung entwicklungsbedingter Fähigkeiten, beleuchtet Moser (2010, S. 171–174) in einer qualitativen Studie die Perspektiven der Jugendlichen selbst. Moser (2010, S. 174) stellte fest, dass Jugendliche der Meinung sind, dass sie grundsätzlich die Fähigkeit zur Partizipation besitzen, ohne spezifische entwicklungsbedingte Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Diese Selbstwahrnehmung stellt die Annahme in Frage, dass entwicklungsbedingte Fähigkeiten eine notwendige Voraussetzung für Partizipation darstellen (Schröder, 1995, S. 25). Für Schröder (1995, S. 25) stellt sich daher nicht die Frage, ob Jugendliche partizipieren können, sondern wie Partizipationsangebote für Jugendliche gestaltet sein müssen, damit sie eine echte Chance zur Partizipation bieten.

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass Jugendliche grundsätzlich die notwendigen entwicklungsbedingten Fähigkeiten für eine aktive Partizipation besitzen (Kramer, 1995, S.

51–52; Piaget, 1986, S. 205; Schröder, 1995, S. 19). Diese Fähigkeiten sind nicht statisch, sondern entwickeln und vertiefen sich dynamisch durch die Beteiligung an Partizipationsprozessen (G. McMahon et al., 2018, S. 127–128). Partizipation sollte daher als ein dynamischer Lernprozess verstanden werden, in dem Jugendliche durch aktive Partizipation und reflexives Lernen aus der Praxis ihre partizipativen Fähigkeiten schrittweise erweitern (G. McMahon et al., 2018, S. 127–128). Je nach Prozess oder Bereich, in dem die Partizipation stattfindet, benötigt es jedoch die Unterstützung durch Förderpersonen (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 1).

4 Gestaltung von Partizipationsangeboten in Gemeinden

In vielen Gemeinden zeigt sich, dass trotz vorhandener Partizipationsangebote die tatsächliche Partizipation von Jugendlichen tief ist (Fatke & Niklowitz, 2003, S. 69; Rieker et al., 2016, S. 64). Ausgehend von der Erkenntnis, dass Jugendliche grundsätzlich interessiert und bereit sind, sich an Partizipationsangeboten in der Gemeinde zu beteiligen (Cajacob, 2014, S. 64; Fatke & Niklowitz, 2003, S. 69; Rieker et al., 2016, S. 64), untersucht dieses Kapitel, welche spezifischen Bedingungen von Partizipationsangeboten erfüllt sein müssen. Ziel ist es, Barrieren in bestehenden Angeboten zu identifizieren und unter Einbezug von erfolgreichen Partizipationsangeboten und den daraus gewonnenen Erkenntnissen passgenaue Lösungen zu empfehlen, die den Interessen und Lebensrealitäten der Jugendlichen gerecht werden. Damit sollen Wege aufgezeigt werden, wie die Partizipation von Jugendlichen in der Gemeinde nicht nur ermöglicht, sondern Zugänge zu Partizipationsangeboten gefördert werden können, die nach Moser (2010, S. 149) noch nicht ausreichend gefördert werden.

4.1 Mögliche Gründe für geringe Jugendpartizipation in Gemeinden

Dieser Abschnitt beleuchtet die Barrieren, die die Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden in der Schweiz beeinträchtigen. Unter Barrieren sind alle Umstände zu verstehen, die Partizipationsangebote behindern können (Moser, 2010, S. 227). Die Analyse stützt sich auf Studien, die sowohl die Perspektive der Jugendlichen als auch die der Akteure:innen, die Jugendpartizipation fördern, berücksichtigen (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 1). Auch wenn Jugendpartizipation in der Gemeinde nicht per se erwachsene Fachpersonen benötigt, so gibt es doch eine Vielzahl von Partizipationsangeboten, in denen unterstützende Personen die Partizipation von Jugendlichen ermöglichen. Sie haben dabei eine unterstützende, fördernde und zum Teil auch politisch bildende Funktion. Sie werden auch als Förderpersonen bezeichnet und können Vertreter:innen von Gemeindebehörden, Fachpersonen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Politiker:innen, Sozialarbeiter:innen, Personen aus der kirchlichen Jugendarbeit, Lehrpersonen oder Vertreter:innen von Jugendverbänden sein (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 1). Die identifizierten Barrieren umfassen:

- **Mangel an relevanten Themen und Mitgestaltungsmöglichkeiten:** Die Wahl der Themen bei Partizipationsangeboten in Gemeinden spielt eine entscheidende Rolle für die Partizipation von Jugendlichen (Rieker et al., 2016, S. 78; Stange, Meinhold-Henschel & Schack, 2012, S. 73). Viele Jugendliche geben an, dass sie sich nicht engagieren, weil die Themen der Angebote sie nicht interessieren oder irrelevant für ihre Lebensumstände erscheinen (Reinhard Fatke & Schneider, 2005, S. 44). Es wurde festgestellt, dass Partizipationsangebote in der Schweiz häufig aus strategischen Gründen und nicht aufgrund ihrer inhaltlichen Relevanz durchgeführt werden. Die

Themen werden von den Erwachsenen in den Gemeinden klar definiert und die Grenzen dessen, was verändert werden kann, klar abgesteckt. Dies kann zu einer Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Interessen der Jugendlichen und den angebotenen Themen führen (Rieker et al., 2016, S. 90, 95).

- **Unzureichende Information:** Ein zentrales Hindernis für die Partizipation von Jugendlichen ist die unzureichende Information über ihre Rechte und die bestehenden Partizipationsangebote in der Gemeinde (Brüschschweiler et al., 2021, S. 32). Brüschweiler et al. (2021, S. 32) führten eine Online-Befragung mit 1715 Kindern und Jugendlichen im Alter von 9 bis 17 Jahren in der Schweiz und in Liechtenstein durch. Dabei zeigte sich, dass es ein zentrales Anliegen der Kinder und Jugendlichen ist, mehr Informationen darüber zu erhalten, wie sie sich als Kinder und Jugendliche in der Gemeinde beteiligen können. Ergänzend dazu hat die Studie von Fatke und Schneider (2005, S. 39) gezeigt, dass der Informationsstand über Partizipationsmöglichkeiten entscheidend dafür ist, wie stark sich Jugendliche beteiligen. Blandow, Gintzel & Hansbauer (1999) unterstreicht die Bedeutung präziser Informationen in diesem Zusammenhang und kritisiert, dass Partizipation ohne konkrete Angaben zu Partizipierenden, Partizipationsformen und -umfang eine Leerformel bleibt: „Wenn man nicht zugleich angibt, wer sich, wie, woran, in welchem Mass beteiligt, wird Partizipation eine Leerformel bleiben“ (S.163).
- **Strukturelle und institutionelle Barrieren:** Es wird beschrieben, dass jugendliche Lebenswelten und Verwaltungsabläufe in Gemeinden oft nicht kompatibel sind, da Verwaltungsabläufe lange Zeithorizonte haben, während sich die Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen schnell ändern (Rieker et al., 2016, S. 13; Wittwer, 2015, S. 52). Häufig sind Jugendliche, die partizipiert haben, nicht mehr aktiv, wenn über ihre Projekte entschieden wird, und es gibt keine befriedigenden Verfahren für einen Generationswechsel und einen Transfer von den aktuell Partizipierenden zu den Nachfolgenden (Rieker et al., 2016, S. 13).
- **Mangelnde Unterstützung durch Förderpersonen:** Jugendliche berichten von Erfahrungen, in denen sie sich von Erwachsenen nicht ernst genommen, akzeptiert oder sogar behindert fühlen. Sie sind frustriert, fühlen sich den Entscheidungen der Erwachsenen ohnmächtig und haben nicht das Gefühl, etwas bewirken zu können (Burdewick, 2003, S. 279; Moser, 2010, S. 417). Zusätzlich sind Jugendliche institutionell nur unzureichend eingebettet, was den Mangel an notwendiger Vorbereitung und Begleitung unterstreicht (Rieker et al., 2016, S. 13). Sie werden in ihre Aufgaben und Partizipationsmöglichkeiten zu wenig eingewiesen, über Entscheidungsstrukturen und -abläufe kaum informiert und es fehlt ihnen an Ansprechpersonen, was den Eindruck verstärkt, keinen Einfluss nehmen zu können (Masslo, 2010, S. 432).

Solche negativen Erlebnisse können Jugendliche davon abhalten, an weiteren Partizipationsangeboten teilzunehmen oder einen Partizipationsprozess weiter zu verfolgen (Moser, 2010, S. 232; Rieker et al., 2016, S. 13).

- **Soziale und bildungsbezogene Barrieren oder falsche Partizipationsformen:** Studien zeigen, dass Partizipationsangebote häufig nicht niedrighschwellig genug sind, um auch bildungsferne Jugendliche einzubeziehen (Rieker et al., 2016, S. 10). Formale Partizipationsformen sprechen vor allem ältere, männliche und gut gebildete Jugendliche an, während jüngere, bildungsferne, weibliche oder marginalisierte Jugendliche häufig ausgeschlossen bleiben (Krüger, 2008, S. 308; Wittwer, 2015, S. 51). Weibliche Jugendliche stehen der formellen Partizipationsformen skeptisch gegenüber und befürchten eine zu grosse Verantwortung, der sie möglicherweise nicht gerecht werden können (Burdewick, 2003, S. 285). Neben diesen Barrieren berichten Jugendarbeiter:innen aus der Stadt Zürich von einer zunehmenden Herausforderung bezüglich der Verbindlichkeit von Partizipationszusagen der Jugendlichen (Reiner & Roth, 2019, S. 133). Eine Einschätzung eines Jugendarbeiters verdeutlicht dies: „Und die allergrösste Schwierigkeit ist, dass die Verbindlichkeit, also dass Jugendliche wirklich verbindlich zusagen, das ist extrem schwierig“ (Reiner & Roth, 2019, S. 132). Diese Aussagen unterstreichen, dass Jugendliche kaum für längerfristige Partizipationsangebote gewonnen werden können, sondern eher für kurzfristige, zeitlich begrenzte und projektartige Angebote (Reiner & Roth, 2019, S. 133).
- **Institutionelle und strukturelle Hindernisse:** In vielen Gemeinden fehlt es an institutionalisierter Unterstützung und finanziellen Ressourcen für Jugendpartizipation (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 22). Ohne klare Strukturen und die Bereitschaft von Politik und Verwaltung, echte Partizipationsrechte und die damit verbundenen Ressourcen zu gewähren, bleiben viele Bemühungen um Jugendpartizipation oberflächlich und ohne nachhaltige Wirkung (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 29). Dies zeigt sich auch darin, dass, obwohl einige Gemeinden die Stärkung der Jugendpartizipation als neue kommunale Aufgabe anerkannt und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) entsprechend Stellenprozente aufgestockt haben, in vielen anderen Gemeinden der Beschluss zur Förderung von Jugendpartizipation nicht von einer Erhöhung des Budgets der OKJA oder anderer involvierter Stellen begleitet wurde (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 39).

4.2 Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Jugendpartizipation

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die zentralen Voraussetzungen und Barrieren für die Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden untersucht. Während die Erkenntnisse über die Motivationsfaktoren und bestehenden Hindernisse wertvolle Einsichten bieten, besteht

weiterhin die Herausforderung, diese Einsichten in praktische Handlungsempfehlungen zu übersetzen, welche eine echte und effektive Beteiligung der Jugendlichen ermöglichen. Dieses Kapitel zielt darauf ab, die in Kapitel 3.1 identifizierten Faktoren für Partizipationsmotivation und -chancen sowie die Barrieren (vgl. Kapitel 4.1) aufzugreifen und Empfehlungen zu formulieren, die die Partizipation Jugendlicher in den Kommunen nachhaltig fördern können.

Anpassung der Themen an jugendliche Interessen

Entscheidend für die Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden ist es, relevante Themen in die Partizipationsangebote aufzunehmen (Stange et al., 2012, S. 59). Interesse am Thema und der Wunsch, etwas zu verändern, werden von den Jugendlichen am häufigsten als Gründe für ihre Partizipation in der Gemeinde genannt (Fatke & Schneider, 2005, S. 25). Dabei ist zu beachten, dass Themen, die die breite Öffentlichkeit oder die Politik beschäftigen, nicht unbedingt für Jugendliche oder bestimmte Gruppen von Jugendlichen relevant sind (Stange et al., 2012, S. 73). Bei der Auswahl der Themen ist es nach Stange et al. (2012, S. 73) daher notwendig, in engem Kontakt mit den Jugendlichen zu stehen und den Jugendgruppen genau zuzuhören, um herauszufinden, welche Themen sie interessieren. Denn ohne dies sind die Förderpersonen bei der Themenwahl meist nicht sehr treffsicher.

Dies bedeutet zum Beispiel für projektförmige Beteiligungsformen, die von Erwachsenen initiiert werden, dass die Einbeziehung von Jugendlichen bereits vor Projektbeginn erfolgen sollte, da dies die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Partizipationsangebote von den Jugendlichen als relevant und bedeutsam wahrgenommen werden (Stange et al., 2012, S. 178–179). Während eines Projekts wird weiter vorgeschlagen, regelmässige Umfragen und Fokusgruppen mit Jugendlichen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die angebotenen Themen weiterhin resonieren (Stange et al., 2012, S. 59). Eine weitere Möglichkeit zeigt Rieker et al. (2016, S. 148) auf, bei der Jugendliche Projekte und deren Themen selbst initiieren. Im Vordergrund stehen die konkreten Anliegen und Ideen der Jugendlichen, wobei die Förderpersonen eine begleitende und unterstützende Rolle einnehmen.

Verbesserung der Information über Partizipationsangebote

Für den Erfolg von Partizipationsangeboten ist es wichtig, dass möglichst viele Jugendliche von den Angeboten erfahren (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 19). Wie sich aber in Kapitel 4.1.1 zeigte, werden Jugendliche nicht genügend über Partizipationsangebote informiert (Brüschschweiler et al., 2021, S. 32).

Zimmermann & Schmuziger (2021, S. 28) schlagen vor, Informationen über Partizipationsangebote über Schulen zu verbreiten, um eine grosse Anzahl Jugendlicher aus verschiedenen sozialen, ökonomischen und kulturellen Milieus zu erreichen. Allerdings zeigt sich, dass in Schulen hemmende Faktoren existieren; so geben Sekretariate und Lehrpersonen

Informationen oft nicht weiter (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 19). Viele Schulen sehen sich zudem nicht in der Verantwortung, Informationen weiterzugeben, oder sind durch den regulären Schulbetrieb belastet (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 27). In einigen Gemeinden spielt die Schule jedoch eine zentrale Rolle, und es hat sich gezeigt, dass Informationen am effektivsten über Schülerräte statt über Lehrpersonen verbreitet werden (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 27). Auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003, S. 38) weist darauf hin, dass Informationen am besten von Jugendlichen für Jugendliche bereitgestellt werden sollten, da diese am besten wissen, welche Informationen nötig sind und welche Sprache verwendet werden sollte. Wenn dieser Ansatz der Informationsvermittlung über die Schule verfolgt wird, ist ausserdem wichtig, dass Informationen nicht nur in Regelschulen, sondern auch in Sonderschulen vermittelt werden (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 20).

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Informationen über Medien zu verbreiten. Das Leben vieler Jugendlicher ist heute stark von Medien geprägt (Wagner, Theunert, Gebel & Schorb, 2012, S. 307). Die JAMES-Studie von Külling et al. (2022, S. 39–40) zeigt, dass 87% der Jugendlichen täglich oder mehrmals pro Woche mittels Suchmaschinen nach Informationen suchen und 55% mittels sozialer Netzwerke wie Instagramm, TikTok oder Twitter. 52% nutzen regelmässig Videoplattformen als Informationsquelle, 20% Portale von Fernsehsendern und weitere 18% Portale von Zeitungen oder Zeitschriften. Dies unterstreicht, dass Jugendliche ein starkes Bedürfnis haben, sich zu informieren, und dies oft über Medien tun (Külling et al., 2022, S. 40). Der Einsatz von Plattformen wie Instagramm und Twitter sollte hervorgehoben werden, da sie natürliche Zugangspunkte für die Kommunikation mit Jugendlichen bieten (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 20; Rieker et al., 2016, S. 81). Es wird empfohlen, Informationen über Partizipationsangebote in der Gemeinde aktiv über diese Kanäle zu verbreiten (Rieker et al., 2016, S. 192).

Es ist jedoch zu beachten, dass Jugendliche keine homogene Gruppe sind, sondern sehr divers zusammengesetzt sind (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 32). Bei der Bereitstellung von Informationen muss daher berücksichtigt werden, dass sich Jugendliche je nach Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft, Kultur, Religion, Wohnort, Sprache und sexueller Identität stark unterscheiden können. Eine qualitativ hochwertige Informationsbereitstellung bedeutet daher, eine Vielzahl von Informationsformaten zu verwenden, von traditionellen (Broschüren, Flyern, Postern) bis zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003, S. 32).

Veränderung der Unterstützung durch Förderpersonen

Forschungen zeigen, dass Jugendliche ein hohes Mass an Selbstständigkeit in ihren Partizipationsaktivitäten aufweisen können und nicht ständig direkte Unterstützung von Förderpersonen benötigen (G. McMahon et al., 2018, S. 127; Moser, 2010, S. 234–235). Es ist entscheidend, dass die Unterstützung der Jugendlichen wohlüberlegt erfolgt, um ihre Selbstständigkeit und Eigeninitiative zu fördern (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 49). Gleichzeitig besteht jedoch ein deutliches Bedürfnis nach Austausch und Zusammenarbeit mit der Erwachsenenwelt, allerdings unter weniger restriktiven Bedingungen als traditionell vorgesehen. Jugendliche suchen aktiv nach Dialog und Feedback, bevorzugen dabei jedoch eine Zusammenarbeit, die frei von rigiden, top-down gesteuerten Agenden ist (G. McMahon et al., 2018, S. 127; Moser, 2010, S. 234–235). Dabei treten jedoch, wie bereits in Kapitel 3.1 diskutiert, Kommunikations- und Verständnisbarrieren zwischen den Generationen auf.

Um diese Barrieren zu überwinden, schlägt McMahon (2018, S. 128) eine signifikante Veränderung in den beruflichen Identitäten und Praktiken der Förderpersonen vor. Statt als autoritative "Experten", die Anweisungen geben, sollten sie als interpretierende, reflexive Begleiter agieren, die Jugendliche unterstützen und befähigen. Diese Förderpersonen sollten mit kollaborativen und partizipativen Ansätzen vertraut sein, die es Jugendlichen ermöglichen, als gleichberechtigte Partner:innen in der Gestaltung ihrer eigenen Erfahrungen zu agieren (G. McMahon et al., 2018, S. 128; Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 49). Diesbezüglich betont Stork (2010, S. 237), dass nur jene Erwachsenen an Partizipationsangeboten mit Jugendlichen arbeiten sollten, die sowohl fachlich als auch methodisch ausreichend qualifiziert sind. Diese Fachkräfte müssen in der Lage sein, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten gezielt einzusetzen, um die Partizipation junger Menschen wirksam zu unterstützen und zu fördern.

Darüber hinaus betonen Zimmermann & Schmuziger (2021, S. 49) die Notwendigkeit, dass Förderpersonen, einschliesslich politischer Akteure, bereit sein müssen, Macht abzugeben. Dies impliziert die Notwendigkeit, den Partizipationsprozess gemeinsam mit den Jugendlichen zu gestalten und dabei auch Phasen des scheinbaren „Chaos“ oder Zeiten, in denen scheinbar nichts passiert, zuzulassen. Es geht darum, neben der Ergebnisoffenheit auch Prozessoffenheit zu gewährleisten und die Bereitschaft zu zeigen, sich auf ungewohnte, weniger strukturierte Partizipationsformen einzulassen (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 49).

Schaffung realer Mitgestaltungsmöglichkeiten und Flexibilisierung der Partizipationsformen

Die Schaffung echter Partizipationsmöglichkeiten erfordert Strukturen, die Jugendlichen nicht nur eine Stimme geben, sondern auch sicherstellen, dass diese Stimmen bei Entscheidungen effektiv berücksichtigt werden (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 59). Bei formellen

Partizipationsformen empfiehlt Zimmermann & Schmuziger (2021, S. 21) die Einrichtung von Jugendräten oder ähnlichen Gremien in Gemeinden, die Jugendliche direkt in die politische und gemeinnützige Arbeit einbinden. Es ist dabei entscheidend, dass diese Gremien tatsächlichen Einfluss auf Entscheidungen haben und nicht nur eine beratende Funktion besitzen. Die aktive Partizipation und das sichtbare Umsetzen der Beiträge von Jugendlichen in konkrete Massnahmen sind entscheidend für das Empfinden von Selbstwirksamkeit und langfristigen Engagement (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 47).

Offene und projektartige Formen, die an die Bedürfnisse und den Lebensrhythmus der Jugendlichen angepasst sind, fördern die Partizipation in Gemeinden stärker als formelle Partizipationsangebote (G. McMahon et al., 2018, S. 126). Die Literatur zeigt, dass weniger formelle Settings, die Raum für Experimente und informelles Lernen bieten, besonders attraktiv für Jugendliche sind (G. McMahon et al., 2018, S. 127; Stange et al., 2012, S. 72). Nach Stange et al. (2012, S. 72) haben projektförmige Partizipationsangebote die grösste Chance, Jugendliche zu erreichen; vor allem auch solche, die von formellen Partizipationsformen kaum erreicht werden, da die Stärke projektförmiger Ausgestaltung im praktisch-kreativen Aspekt liegt. Damit können auch bildungsbenachteiligte Jugendliche und Jugendliche, die noch keinen Bezug zur Politik haben, angesprochen werden (Stange et al., 2012, S. 72). Obwohl diese projektorientierten und offenen Partizipationsformen effektiv sind, mangelt es ihnen jedoch oftmals an Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit, was ihre langfristige Wirkung einschränkt (Stange et al., 2012, S. 60). Aufgrund fehlender struktureller Absicherung und Kontinuität besteht zudem die Gefahr, dass solche Projekte mittelfristig wenig Einfluss auf die kommunalpolitische Diskussion nehmen können (Zinser, Oerter & Höfling, 2001, S. 160).

Eine innovative Strategie zur Flexibilisierung der Partizipationsformate bietet die Nutzung digitaler Partizipationsformen (UNICEF, 2021, S. 22). Diese können eine wichtige Rolle spielen, indem sie Partizipationsmöglichkeiten niedrigschwellig und breit zugänglich machen, was besonders wichtig ist, um Jugendliche an ihrem spezifischen Ort abzuholen. Die Nutzung digitaler Technologien eröffnet Jugendlichen die Möglichkeit, jederzeit und von überall aus an Diskussionen und Entscheidungsprozessen teilzunehmen (UNICEF, 2021, S. 22).

Bei der Nutzung digitaler Partizipationsformen ist jedoch zu berücksichtigen, dass sie bestehende sozioökonomische und demografische Disparitäten nicht zwingend verringern, sondern möglicherweise sogar vertiefen können (Nef et al., 2022, S. 26). So gibt es Hinweise darauf, dass Menschen mit niedrigerem sozioökonomischen Hintergrund das Internet weniger nutzen und auch seltener über einen Internetzugang verfügen (Schlozman, Verba & Brady, 2010, S. 503). Zudem können Erfahrungen und Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet die digitale Partizipation beeinflussen (Büchi & Vogler, 2017, S. 9; Elliott & Earl, 2018, S. 702). Die Studie von Räss, Differding & Odermatt (2021, S. 104) zeigt, dass digitale

Plattformen vor allem männliche Jugendliche mobilisieren und einen Gender Gap aufweisen. Es zeigt sich aber auch, dass digitale Partizipationsformen oft die dominierende Partizipationsform für wenig partizipierende Jugendliche darstellt (Räss et al., 2021, S. 54). Die Untersuchungen von Räss et al. (2021, S. 14) legen nahe, dass digitale Partizipationsprozesse nicht in der Lage sind, traditionelle analoge Formate zu ersetzen. Vielmehr ist eine Kombination beider Ansätze erforderlich, um eine optimale Inklusion zu gewährleisten.

Die Anforderungen an digitale Partizipationsformen umfassen die Entwicklung benutzerfreundlicher, inklusiver und sicherer digitaler Räume, die die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen (Räss et al., 2021, S. 106). Zudem ist es entscheidend, Vertrauenspersonen einzubeziehen, die junge Menschen beim Einstieg in den Partizipationsprozess unterstützen und die Hemmschwelle senken können (Räss et al., 2021, S. 102).

Sicherung der Ressourcen

Die effektive Förderung der Jugendpartizipation in Gemeinden setzt voraus, dass ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen (Moser, 2010, S. 245). Partizipationsprozesse sind komplex und verlangen umfangreiche Ressourcen, insbesondere wenn sie offen und inklusiv gestaltet werden sollen, um auch sozioökonomisch benachteiligte Gruppen zu erreichen. Sowohl die Gemeinden als auch die Kantone spielen eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung der notwendigen finanziellen und strukturellen Ressourcen, um Partizipation für Jugendliche effektiv zu ermöglichen (Moser, 2010, S. 245; Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 3).

Die Verteilung von Ressourcen für Jugendpartizipation in Gemeinden und die Rolle der Kantone sollten verbessert werden (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 22). Experten:innen weisen darauf hin, dass die oft geringe Ausprägung von Partizipationsangeboten entweder auf unzureichende Ressourcen oder auf mangelndes Interesse der lokalen Verwaltungen zurückzuführen ist. Jugendpartizipation wird oft als „nice-to-have“ betrachtet und nicht als wesentlich angesehen. Kantone mit begrenzten Ressourcen könnten beispielsweise einige wenige Gemeinden fördern oder die Förderung in Kooperationen zwischen mehreren Gemeinden organisieren, um effektive Partizipationsangebote zu erzielen (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 22).

Die geografische Grösse und Topografie des Kantons, rechtliche Grundlagen und die damit verbundenen personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen einer Gemeinde können eine stärkere Einbindung der Kantone in die Planung und Umsetzung der Angebote erfordern (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 36). Um die notwendigen Aufgaben zu erfüllen, ist es unabdingbar, dass der Kanton den Überblick über die Partizipationsangebote in den Gemeinden behält. Beispielsweise könnte jede Gemeinde jährlich eine Liste mit allen

durchgeführten und geplanten Partizipationsangeboten erstellen, was einen Vergleich der Aktivitäten im Bereich der Partizipation ermöglicht und aufzeigt, welche Gemeinden zusätzlich Unterstützung benötigen (Müller-Suleymanova et al., 2023, S. 36).

Zur Verstetigung der Jugendpartizipation ist es zudem wichtig, neben den Bemühungen zur Etablierung in der Gemeinde, auch kontinuierlich nach Stiftungs-, Kantons- oder Bundesbeiträgen zu suchen respektive diese zu beantragen (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 33). Diese Prozesse sind jedoch ressourcenintensiv und die Beiträge häufig nur für innovative Partizipationsangebote verfügbar, während die langfristige Sicherung durch die Gemeinde selbst übernommen werden muss (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 33). Während einmalige Vorhaben oft einfacher zu realisieren sind, generieren regelmässige oder wiederkehrende Partizipationsangebote entsprechende laufende Kosten. Es wird darauf hingewiesen, dass spezifische Partizipationsprojekte oft leichter zu finanzieren sind als wiederkehrende Ausgaben (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 33).

Nach einem abgeschlossenen, erfolgreichen Partizipationsprozess ist die Evaluation und deren Auswertung zur Sicherung wiederkehrender Ressourcen für die Jugendpartizipation in zukünftigen Budgetplanungen entscheidend (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 48). Das Sichern von Legitimation und Engagement erfordert überzeugende und aufklärende Arbeit von den Förderpersonen, um den Nutzen der Jugendpartizipation zu unterstreichen und Vorbehalten entgegenzutreten. Dabei ist eine enge Vernetzung mit den administrativen und politischen Akteuren innerhalb der Gemeinde und des Kantons entscheidend, um die notwendige Überzeugung zu gewährleisten (Zimmermann & Schmuziger, 2021, S. 52–53).

5 Fazit

5.1 Zusammenfassung und Beantwortung der Fragestellung

Die vorliegende Arbeit geht übergeordnet der Frage nach, welche Relevanz haben Partizipationsangebote in Gemeinden für die Prävention von Jugendgewalt? Die folgende Analyse der Teilfragen unterstützt die Beantwortung der Hauptfrage.

Welche Risiko- und Schutzfaktoren für Jugendgewalt könnten durch die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten in der Gemeinde adressiert werden?

In dieser Arbeit wurde untersucht, welche Risiko- und Schutzfaktoren für Jugendgewalt durch Partizipationsangebote in Gemeinden adressiert werden könnten. Basierend auf Erkenntnissen aus verschiedenen qualitativen Studien zeigt sich, dass insbesondere die Schutzfaktoren durch Partizipationsangebote gestärkt werden könnten.

Die Partizipation von Jugendlichen in der Gemeinde ermöglicht nicht nur eine direkte Einflussnahme auf Gemeindeangelegenheiten, sondern kann auch wichtige persönliche und soziale Kompetenzen fördern. Insbesondere kann sie zu einer Steigerung der Selbstwirksamkeitserwartung führen, die als wesentlicher Schutzfaktor gegen Jugendgewalt gelten. Durch die aktive Beteiligung in Partizipationsangeboten können die Konfliktlösungsfähigkeit gestärkt werden. Dies wird dadurch erreicht, dass sie lernen, wie demokratische Entscheidungen getroffen und unterschiedliche Meinungen einbezogen werden, um zu einem Konsens zu gelangen. Dieses gesteigerte Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten hilft ihnen, Konflikte konstruktiv zu bewältigen und trägt dazu bei, das Risiko gewalttätigen Verhaltens zu reduzieren. Dies entspricht einer Sozialisation in die gesellschaftliche Dimension, die in ihrer bisherigen Erfahrungswelt möglicherweise ausgeklammert war. Auf diese Weise können Gewaltmanifestationen, die durch fehlende Sozialisation bedingt sind, abgebaut werden. Es ist anzumerken, dass nach der aktuellen Literatur der Risikofaktor «geringe Bindung an die Nachbarschaft» durch entsprechende Partizipationsangebote adressiert werden könnte.

Diese Arbeit zeigt, dass Partizipationsangebote in Gemeinden ein vielversprechendes Mittel sein könnten, um sowohl Schutzfaktoren zu stärken als auch Risikofaktoren zu reduzieren. Damit dies jedoch der Fall sein kann, müssen die Partizipationsangebote so gestaltet sein, dass sie relevante Erfahrungen und Lernmöglichkeiten, wie beispielsweise Beziehungen zu Gleichaltrigen oder Erwachsenen, ermöglichen. Dies kann unabhängig von der spezifischen Partizipationsform geschehen.

Die Bedeutung weiterer Forschung in diesem Bereich wird deutlich, um die langfristigen Auswirkungen von Partizipationsangeboten auf die Prävention von Jugendgewalt zu erfassen und zu verstehen. Zusätzlich sind quantitative Längsschnitt- oder Querschnittsstudien mit

wiederholter Durchführung notwendig, um statistisch abgesicherte Aussagen über die Wirksamkeit von Partizipationsangeboten treffen zu können und zu ermitteln, inwieweit Jugendliche Schutzfaktoren aufbauen und Risikofaktoren abbauen können.

Sind Jugendliche motiviert, sich an Partizipationsangeboten in Gemeinden zu beteiligen?

Basierend auf den Erkenntnissen aus Kapitel 3.1 kann festgestellt werden, dass Jugendliche grundsätzlich motiviert sind, sich in der Kommune zu beteiligen. Es gibt jedoch verschiedene Einflussfaktoren, die ihre Motivation und ihre Chancen, an Partizipationsangeboten teilzunehmen, beeinflussen können. Dazu gehören die Einstellung zu formaler Politik und Demokratie, das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure:innen, die wahrgenommenen Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune sowie die familiäre Erziehung, der Einfluss von Gleichaltrigen, der Einfluss neuer Medien und sozioökonomische Faktoren. Obwohl ein Grossteil der Jugendlichen Interesse an Partizipationsangeboten in der Gemeinde zeigt, sind die tatsächlichen Beteiligungsquoten oft gering. Dies deutet darauf hin, dass trotz des vorhandenen Interesses verschiedene Barrieren die Beteiligung an Partizipationsangeboten behindern können. Die Identifizierung und Überwindung dieser Barrieren können dazu beitragen, die Motivation der Jugendlichen zur Teilnahme an Partizipationsangeboten in den Kommunen zu erhöhen, wie im übernächsten Abschnitt erläutert wird.

Sind Jugendliche aufgrund ihrer Entwicklung in der Lage, sich an Partizipationsangeboten in Gemeinden zu beteiligen?

Aufgrund der Erkenntnisse aus Kapitel 3.2 kann festgestellt werden, dass Jugendliche grundsätzlich über die entwicklungsbedingten Fähigkeiten verfügen, sich an Partizipationsangeboten in den Gemeinden zu beteiligen. Entgegen manchen Bedenken hinsichtlich ihrer kognitiven und moralischen Reife zeigen entwicklungspsychologische Studien, dass Jugendliche bereits in jungen Jahren in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden und diese zu vertreten, insbesondere zu Themen, die ihren unmittelbaren Lebensbereich betreffen. Mit zunehmendem Alter entwickeln sie die Fähigkeit, abstrakt zu denken, komplexe Entscheidungen zu treffen und unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen. Individuelle und kollektive Partizipation spielen dabei eine wichtige Rolle, da junge Menschen ihre partizipativen Fähigkeiten durch aktive Beteiligung und reflexives Lernen entwickeln. Es muss jedoch anerkannt werden, dass je nach Prozess oder Bereich die Unterstützung durch Förderpersonen notwendig sein kann, um jungen Menschen eine echte Chance zur Partizipation zu geben. Insgesamt deuten die vorliegenden Befunde darauf hin, dass Jugendliche von ihrer Entwicklung her durchaus in der Lage sind, sich an Partizipationsangeboten in den Gemeinden zu beteiligen.

Welche Barrieren verhindern die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten in Gemeinden?

Die Partizipation von Jugendlichen in den Gemeinden stösst häufig auf eine Vielzahl von Barrieren, die eine Beteiligung erschweren. Diese Barrieren, die in verschiedenen Studien identifiziert wurden, reichen von der mangelnden Relevanz der Themen bis hin zu strukturellen Hindernissen in der Verwaltung. Ein zentraler Punkt ist der Mangel an Themen, die für Jugendliche relevant sind und ihnen die Möglichkeit bieten, sich aktiv zu beteiligen. Häufig werden Partizipationsangebote von Erwachsenen konzipiert, ohne die tatsächlichen Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen ausreichend zu berücksichtigen. Dies führt zu einer Diskrepanz zwischen den Angeboten und den Bedürfnissen der Jugendlichen.

Ein weiteres Hindernis ist die unzureichende Information der Jugendlichen über ihre Rechte und die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten. Viele Jugendliche wissen nicht, wie sie in ihrer Gemeinde partizipieren können und es fehlt ihnen an klaren Informationen über die vorhandenen Angebote. Dies führt dazu, dass Jugendliche oft nicht wissen, wie sie sich aktiv beteiligen können.

Eine weitere Herausforderung ist die mangelnde Unterstützung durch die Förderpersonen. Jugendliche fühlen sich oft nicht ernst genommen oder akzeptiert und haben das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können. Eine unzureichende Einbindung und Begleitung verstärkt diesen Eindruck und kann Jugendliche davon abhalten, sich weiter zu engagieren.

Auch soziale und bildungsbedingte Barrieren spielen eine Rolle. Formale Partizipationsformen sprechen oft nur bestimmte Gruppen von Jugendlichen an, während andere ausgeschlossen bleiben.

Schliesslich stellen institutionelle und strukturelle Barrieren weitere Hindernisse für die Partizipation von Jugendlichen dar. Viele Gemeinden verfügen nicht über die notwendige institutionelle Unterstützung und finanziellen Ressourcen, um Jugendpartizipation effektiv zu fördern. Dies führt dazu, dass viele Bemühungen um Jugendpartizipation oberflächlich bleiben und keine nachhaltige Wirkung haben.

Insgesamt zeigen diese Barrieren, dass die Partizipation von Jugendlichen in den Gemeinden vor grossen Herausforderungen steht. Es ist wichtig, diese Barrieren zu identifizieren und anzugehen, um die Partizipation von Jugendlichen in den Gemeinden zu fördern.

Welche Bedingungen fördern die Beteiligung von Jugendlichen an Partizipationsangeboten in Gemeinden?

Die Förderung der Partizipation von Jugendlichen in Gemeinden erfordert die Umsetzung von Handlungsempfehlungen, die auf den identifizierten Bedingungen für eine erfolgreiche Beteiligung basieren. Dabei spielen verschiedene Aspekte eine entscheidende Rolle:

Anpassung der Themen an jugendliche Interessen: Ein wesentlicher Faktor für die Partizipation von Jugendlichen ist die Integration relevanter Themen in die Partizipationsangebote. Es ist wichtig, die Interessen der Jugendlichen zu berücksichtigen und eng mit ihnen zusammenzuarbeiten, um herauszufinden, welche Themen für sie von Bedeutung sind. Dies erfordert eine kontinuierliche Kommunikation und die Möglichkeit für Jugendliche, die Themen aktiv mitzugestalten.

Verbesserung der Information über Partizipationsangebote: Damit Jugendliche von Partizipationsmöglichkeiten erfahren, ist eine breite und gezielte Informationsvermittlung entscheidend. Dies kann über verschiedene Kanäle erfolgen, darunter Schulen, Medien und digitale Plattformen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass die Informationen barrierefrei und ansprechend präsentiert werden, um eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen.

Veränderung der Unterstützung durch Förderpersonen: Förderpersonen sollten eine unterstützende Rolle einnehmen und Jugendlichen ermöglichen, eigenständig an Partizipationsaktivitäten teilzunehmen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit auf Augenhöhe und ein offener Austausch wichtig, um die Bedürfnisse und Ideen der Jugendlichen zu berücksichtigen. Es gilt, traditionelle Hierarchien aufzubrechen und Jugendlichen eine echte Beteiligung zu ermöglichen.

Schaffung realer Mitgestaltungsmöglichkeiten und Flexibilisierung der Partizipationsformen: Es ist entscheidend, Jugendlichen nicht nur eine Stimme zu geben, sondern sicherzustellen, dass ihre Meinungen und Ideen in Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Dies erfordert die Einrichtung von Strukturen, die Jugendliche aktiv in die politische und gemeinnützige Arbeit einbinden. Flexible und offene Partizipationsformen, die an die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der Jugendlichen angepasst sind, sind dabei besonders wirkungsvoll.

Sicherung der Ressourcen: Eine wirksame Jugendpartizipation erfordert ausreichende finanzielle und strukturelle Ressourcen. Gemeinden und Kantone spielen eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung dieser Ressourcen und sollten sich aktiv für die Förderung von Jugendpartizipation einsetzen. Dies umfasst sowohl die finanzielle Unterstützung als auch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Partizipationsangebote.

Insgesamt ist die Verbesserung der Jugendpartizipation in Gemeinden eine komplexe Aufgabe, die ein ganzheitliches und koordiniertes Vorgehen erfordert. Durch die Umsetzung gut abgestimmter Handlungsempfehlungen können Gemeinden dazu beitragen, Jugendlichen

eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und langfristiges Engagement zu fördern.

Insgesamt lässt sich also die Hauptfragestellung «*Welche Relevanz haben Partizipationsangebote in Gemeinden für die Prävention von Jugendgewalt?*» folgendermassen beantworten.

Die Frage nach der Relevanz von Partizipationsangeboten in Gemeinden für die Prävention von Jugendgewalt erfordert eine umfassende Betrachtung verschiedener Aspekte. Zunächst konnte keine direkte quantitative Evidenz für die präventive Wirkung von Partizipationsangeboten auf Jugendgewalt festgestellt werden, da entsprechende Studien fehlen. Dies lässt die direkte Korrelation zwischen der Beteiligung an Partizipationsangeboten und der Verringerung von Jugendgewalt unklar erscheinen. Jedoch deuten qualitative Studien darauf hin, dass diese Angebote die Möglichkeit bieten, Schutzfaktoren aufzubauen und Risikofaktoren zu reduzieren.

Im Weiteren müssen Jugendliche motiviert sein, sich an diesen Angeboten zu beteiligen, wenn Partizipation in der Gemeinde als präventive Massnahme erfolgreich umgesetzt werden soll. Obwohl Jugendliche grundsätzlich motiviert sind, zeigt sich eine geringere effektive Partizipation. Darüber hinaus müssen Jugendliche über entwicklungsbedingte Fähigkeiten verfügen, um effektiv an den Angeboten teilnehmen zu können, darunter Kommunikationsfähigkeiten, Problemlösungsfähigkeiten und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit in Gruppen. Es ist entscheidend zu betonen, dass Partizipationsangebote dynamische Lernprozesse sind, bei denen die Strukturierung der Beteiligung von Jugendlichen eine zentrale Rolle spielt.

Die Existenz von Barrieren, wie mangelnde Strukturen zur effektiven Partizipation, kann die präventive Wirkung von Partizipationsangeboten beeinträchtigen. Daher ist es von grosser Bedeutung, dass geeignete Strukturen vorhanden sind, die eine aktive Beteiligung der Jugendlichen ermöglichen.

Obwohl direkte Evidenz für die präventive Wirkung von Partizipationsangeboten auf Jugendgewalt fehlt, deuten verschiedene qualitative Studien darauf hin, dass diese Angebote einen positiven Beitrag zur Gewaltprävention leisten könnten.

5.2 Kritische Würdigung der Arbeit

Die vorliegende Bachelorarbeit hat sich intensiv mit der Rolle der Partizipation in der Prävention von Jugendgewalt auseinandergesetzt. Die Arbeit hat gezeigt, dass Partizipationsangebote in Gemeinden Risiko- und Schutzfaktoren beeinflussen könnten, welche die Jugendgewalt betreffen. Die umfangreiche Literaturrecherche und die sorgfältige Analyse von

bestehenden Studien unterstreichen die fundierte wissenschaftliche Herangehensweise dieser Arbeit.

Jedoch ist anzumerken, dass die empirische Evidenz zu einigen der diskutierten Wirkmechanismen von Partizipationsangeboten begrenzt ist. Obwohl die theoretischen Überlegungen überzeugend sind, bedarf es weiterführender empirischer Forschung. Weiterhin erschwerte die Frage nach der Relevanz die Beantwortung; es lässt sich zwar aufzeigen, dass Partizipation für die Prävention relevant ist, jedoch ist ihre Relevanz als latentes Konstrukt kaum messbar. Für eine umfassendere Analyse hätte die Arbeit manifeste Variablen definieren müssen.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Auswahl und Reichweite der einbezogenen Studien. Die Konzentration auf vorwiegend schweizerische und europäische Kontexte könnte die Generalisierbarkeit der Ergebnisse einschränken. Zudem wurde die Perspektive von Jugendlichen selbst nur begrenzt in die Analyse integriert, was die praxisnahe Relevanz der Ergebnisse beeinträchtigen könnte.

Abschliessend ist zu sagen, dass die Arbeit trotz der genannten Einschränkungen einen wertvollen Beitrag zur Diskussion um Gewaltprävention und Jugendpartizipation leistet. Die kritische Reflexion über die eigenen methodischen Grenzen und der Ausblick auf notwendige zukünftige Forschungsarbeiten verdeutlichen das wissenschaftliche Verantwortungsbewusstsein des Autors.

5.3 Fazit für Praxis und Forschung

Die vorliegende Arbeit hat wichtige Erkenntnisse zur Rolle der Partizipation von Jugendlichen in Partizipationsangeboten zur Prävention von Jugendgewalt geliefert. Für die Praxis zeigt sich, dass trotz des Potenzials von Partizipationsangeboten diese in vielen Gemeinden noch nicht optimal genutzt werden. Es wird deutlich, dass es bei der Beteiligung von Jugendlichen nicht nur um die Schaffung von Angeboten geht, sondern auch um die aktive Förderung der Beteiligung und des Engagements der Jugendlichen selbst.

Gemeinden könnten die Vorteile und Methoden der Partizipation effektiver kommunizieren und umsetzen, indem sie das Bewusstsein für diese Thematik stärken und spezielle Trainingsprogramme für Mitarbeiter:innen im Jugendbereich, Sozialarbeiter:innen und politische Akteure:innen anbieten. Diese Schulungen sollten darauf abzielen, ein tiefes Verständnis für die komplexe Dynamik jugendlicher Entwicklungsprozesse zu entwickeln und die Fähigkeiten zu stärken, Jugendliche gerecht und wirksam zu beteiligen. Darüber hinaus könnte eine stärkere Vernetzung von Schulen, sozialen Einrichtungen und Gemeindeverwaltungen dazu beitragen, ein kohärentes System von Partizipationsmöglichkeiten zu etablieren, das Jugendliche aktiv anspricht und einbindet.

Für die Forschung unterstreicht diese Arbeit die Notwendigkeit weiterer empirischer Studien zur Wirksamkeit von Partizipationsangeboten. Insbesondere Längsschnittstudien könnten zeigen, wie nachhaltig die Effekte von Partizipation auf die Prävention von Jugendgewalt sind. Darüber hinaus wäre es aufschlussreich, die spezifischen Mechanismen zu untersuchen, über die Partizipation protektive Wirkungen entfaltet könnten. Dies könnte helfen, gezielte Empfehlungen für die Gestaltung von Partizipationsangeboten zu entwickeln, die spezifische Risiko- und Schutzfaktoren adressieren.

Eine weitere Forschungslücke besteht in der Untersuchung der subjektiven Erfahrungen von Jugendlichen mit Partizipationsangeboten. Qualitative Studien könnten hier wertvolle Einblicke liefern und aufzeigen, wie Jugendliche selbst ihre Rolle und ihren Einfluss innerhalb dieser Angebote wahrnehmen und bewerten.

In der Praxis könnten diese Arbeiten als Grundlage dienen, um bestehende Partizipationsangebote zu überprüfen und gegebenenfalls neu auszurichten. Dabei ist es auch wichtig, politische und finanzielle Entscheidungsträger von der Bedeutung dieser Angebote zu überzeugen und zusätzliche Ressourcen für deren Ausbau und nachhaltige Umsetzung zu sichern.

Literaturverzeichnis

- Autrata, O. (2010). Prävention von Jugendgewalt. *Sozial Extra*, 34(9), 23–26.
<https://doi.org/10.1007/s12054-010-0098-0>
- Baier, D. (2021). *Anstieg der Jugendkriminalität in der Schweiz: Was sind mögliche Gründe?* Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
<https://doi.org/10.21256/zhaw-22229>
- Baier, D. (2022). Die Entwicklung der Jugendkriminalität aus kriminologischer Sicht - Steigt die Jugendgewalt? In C. Schwarzenegger & R. Nägeli (Hrsg.), *Jugendliche und junge Erwachsene im urbanen Umfeld als Fokus der Kriminalprävention: 13. Zürcher Präventionsforum – Tagungsband 2022* (S. 9–26). Zürich: EIZ Publishing.
<https://doi.org/10.36862/eiz-516>
- Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S., Simonson, J. & Kappes, C. (2010). Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Baumgartner, F. & Schoop, F. (2021, April 22). Jugendgewalt: Teenager schlagen in der Corona-Krise vermehrt zu. *Neue Zürcher Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/zuerich/jugendgewalt-teenager-schlagen-in-der-corona-krise-vermehrt-zu-ld.1613116>
- Beck, S., Diethelm, A., Kerssies, M., Grand, O. & Schmocker, B. (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis*. Bern: AvenirSocial.
- Bengel, J., Meinders-Lücking, F. & Rottmann, N. (2009). *Schutzfaktoren bei Kindern und Jugendlichen - Stand der Forschung zu psychosozialen Schutzfaktoren für Gesundheit*. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. <https://doi.org/10.4126/38m-002781304>
- Bernhard, M. (2006). *Jugendlichen Halt geben*. Bern: Bundesamt für Gesundheit. Verfügbar unter: https://www.infodrog.ch/files/content/supraf_de/supra-f_broschuere_de.pdf
- Beumer, M., Jonkman, H. & Vergeer, M. (2013). *DAS CTC - HANDBUCH. Arbeiten mit Communities That Care* (2. Aufl.). Hannover: Landespräventionsrat Niedersachsen.
- Blandow, J., Gintzel, U. & Hansbauer, P. (1999). *Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung. Eine Diskussionsgrundlage*. Münster: Votum.
- Brüschschweiler, B., Cavelti, G., Falkenreck, M., Gloor, S., Hinder, N., Kindler, T. & Zaugg, D. (2021). *Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht. Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021*. Zürich: Institut für Soziale Arbeit und Räume. Verfügbar unter: https://www.ost.ch/fileadmin/dateiliste/3_forschung_dienstleistung/institute/ifsar/projekt_berichte/kinderrechte_aus_kinder-_und_jugendsicht.pdf

- Büchi, M. & Vogler, F. (2017). Testing a Digital Inequality Model for Online Political Participation. *Socius*, 3, 1–13. <https://doi.org/10.1177/2378023117733903>
- Bühlmann, M. (2010). Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4(2), 203–231. <https://doi.org/10.1007/s12286-010-0088-4>
- Bundesamt für Sozialversicherungen. (2015). *Jugend und Gewalt. Stand der Prävention und Zusammenwirken mit Intervention und Repression*. Verfügbar unter: https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/kinder/studien/BR_Bericht_Jugend%20und%20Gewalt_D_online.pdf.download.pdf/BR_Bericht_Jugend%20und%20Gewalt_D_online.pdf
- Burdewick, I. (2003). *Jugend, Politik, Anerkennung: eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*. Opladen: Leske und Budrich.
- Cajacob, A. O. (2014). «Scoop it 2.0» Studie zur Mediennutzung und zur politischen Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein. Chur: Hochschule für Technik und Wirtschaft. Verfügbar unter: https://www.fhgr.ch/fileadmin/fhgr/angewandte_zukunftstechnologien/IMP/projekte/scoop_it_2.0/Projekt-scoop_it_2.0-befragung.pdf
- Ecarius, J., Eulenbach, M., Fuchs, T. & Walgenbach, K. (2011). *Jugend und Sozialisation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92654-4>
- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement. (2008). *Jugendgewalt. Bericht des EJPD vom 11. April 2008*. Verfügbar unter: <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/publiser-vice/publikationen/berichte-gutachten/berichte/jugendgewalt/ber-jugendgewalt-ejpd-d.pdf.download.pdf/ber-jugendgewalt-ejpd-d.pdf>
- Eisner, M., Ribeaud, D. & Bittel, S. (2006). *Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik*. Bern: Eidgenössische Ausländerkommission. Verfügbar unter: https://www.ekm.admin.ch/dam/ekm/de/data/dokumentation/materialien/mat_jugendgewalt_d.pdf.download.pdf/mat_jugendgewalt_d.pdf
- Eisner, M., Ribeaud, D. & Locher, R. (2009). *Prävention von Jugendgewalt* (Beiträge zur sozialen Sicherheit, Expertenbericht 05/09). Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen. Verfügbar unter: https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/forschung/forschungspublikationen/_jcr_content/par/externalcontent_130482312.bitexternalcontent.ex-turl.pdf/aHR0cHM6Ly9mb3JzY2h1bmcuc296aWFsZS1zaWN0ZXJoZWl0LW/Noc3MuY2gvd3AtY29udGVudC91cGxvYWRzLzA3MjRlbnBk/Zg==.pdf
- Eisner, M. & Steiner, O. (2009). *Jugend und Gewalt. Wirksame Prävention in den Bereichen Familie, Schule, Sozialraum und Medien*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen.

- Verfügbar unter: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/15741.pdf>
- Elliott, T. & Earl, J. (2018). Online protest participation and the digital divide: Modeling the effect of the digital divide on online petition-signing. *New Media & Society*, 20(2), 698–719. <https://doi.org/10.1177/1461444816669159>
- Fabian, C., Käser, N., Klöti, T. & Bachmann, N. (2014). *GOOD-PRACTICE-KRITERIEN. PRÄVENTION VON JUGENDGEWALT IM SOZIALRAUM*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen. Verfügbar unter: https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/kinder/studien/Factsheet_Good_Practice_Sozialraum_de.pdf.download.pdf/Factsheet_Good_Practice_Sozialraum_de.pdf
- Fatke, R. (2007). Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland: Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Fatke, R. & Niklowitz, M. (2003). „Den Kindern eine Stimme geben“. *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz*. Zürich: Pädagogisches Institut der Universität Zürich. Verfügbar unter: <https://www.fachportal-paedagogik.de/literatur/vollanzeige.html?FId=2748578>
- Fatke, R. & Schneider, H. (2005). *Kinder und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Fatke, R. & Schneider, H. (2008). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Befunde zur Mitwirkung junger Menschen in Familie, Schule und Kommune*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Grütter, J. & Buchmann, M. (2022). Cohort differences in the development of civic engagement during adolescence. *Child Development*, 93(4), 427–445. <https://doi.org/10.1111/cdev.13743>
- Hall, T., Coffey, A. & Williamson, H. (1999). Self, Space and Place: Youth identities and citizenship. *British Journal of Sociology of Education*, 20(4), 501–513. <https://doi.org/10.1080/01425699995236>
- Hanselmann, R. (2011). Jugend beteiligt sich! Voraussetzungen, Möglichkeiten und Formen von jugendlicher Partizipation. *fakt KONKRET. Das Magazin zu jugendpolitischen Themen*, (1), 1–38.
- Holthusen, B. & Schäfer, H. (2007). Strategien der Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendhilfe im Jugendalter. In Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.), *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern* (S. 131–168). München: Deutsches Jugendinstitut.

- Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (2022). *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung* (14., überarbeitete Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.
- Jans, C., Pepe, A., Schäfer, S., Burgunder, T., Bohn, D. & Rey, R. (2023). *DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023*. Bern: Dachverband Schweizer Jugendparlamente. Verfügbar unter: https://dsj.ch/wp-content/uploads/2024/04/DSJ_Jugend-_und_Politikmonitor_2023_Schlussbericht.pdf
- Kilb, R. (2011). *Jugendgewalt im städtischen Raum. Strategien und Ansätze im Umgang mit Gewalt* (2., durchgesehene Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94086-1>
- Knauer, R. (2006). Prävention braucht Partizipation. *KiTa spezial*, (3), 34–37.
- Knauer, R. & Sturzenhecker, B. (2005). Partizipation im Jugendalter. In B. Hafenegger, M. Jansen & T. Niebling (Hrsg.), *Kinder- und Jugendpartizipation: Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren* (S. 63–94). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften. (2003). *Auswertung der Antworten der Mitgliedstaaten auf die Fragebögen der Kommission zur Partizipation und Information der Jugendlichen* (Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, SEK(2003)465). Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Verfügbar unter: <https://www.yumpu.com/de/document/read/23717046/partizipation-und-information-der-jugendlichen-jugendpolitik-in->
- Kramer, R. (1995). Zusammenhänge und Brüche zwischen der Moralentwicklung in der Kindheit und im Erwachsenenalter. In W. Althof, G. Noam & F. Oser (Hrsg.), *Die Psychologie der Moralentwicklung* (S. 41–80). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Krüger, H.-P. (2008). *Politische Partizipation Jugendlicher in der Gemeinde. Ein internationaler Vergleich*. Leipzig: Peter Lang.
- Külling, C., Waller, G., Suter, L., Willemse, I., Bernath, J., Skirgaila, P., ... Süss, D. (2022). *JAMES – Jugend, Aktivitäten, Medien – Erhebung Schweiz*. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Verfügbar unter: https://www.zhaw.ch/storage/psychologie/upload/forschung/medienpsychologie/james/2018/Bericht_JAMES_2022_de.pdf
- Landert, C. & Panchaud, C. (2013). *Übersicht über Strategien, Strukturen und Massnahmen der Gewaltprävention in der Schweiz* (Bericht im Rahmen des nationalen Programms Jugend und Gewalt, Forschungsbericht Nr. 6/13). Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen. Verfügbar unter: <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und->

- service/forschung/forschungspublikationen/_jcr_content/par/externalcontent_130482312.bitexternalcontent.ex-turl.pdf/aHR0cHM6Ly9mb3JzY2h1bmcuc296aWFsZS1zaWN0ZXJoZWl0LW/Noc3MuY2gvd3AtY29udGVudC91cGxvYWRzLzExMDQ0X2RlNk/Zg==.pdf
- LeBoeuf, D. & Delany-Shabazz, R. V. (1997). *Conflict Resolution*. Washington D.C.: U.S. Department of Justice. Verfügbar unter: <https://files.eric.ed.gov/fulltext/ED416301.pdf>
- Martin, K. & Morgenstern, I. (2010). *Evaluation der Partizipationsmöglichkeiten in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*. Thüringen: ORBIT e.V. Verfügbar unter: https://www.db-thueringen.de/receive/dbt_mods_00022763
- Masslo, J. (2010). *Jugendliche in der Politik: Chancen und Probleme einer institutionalisierten Jugendbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92525-7>
- McMahon, G., Percy-Smith, B., Thomas, N., Bečević, Z., Hansson, S. L. & Torbjörn, F. (2018). *Young people's participation: learning from action research in eight European cities*. Frankfurt am Main: Zenodo. <https://doi.org/10.5281/zenodo.1240227>
- McMahon, S. D., Felix, E. D., Halpert, J. A. & Petropoulos, L. A. N. (2009). Community violence exposure and aggression among urban adolescents: Testing a cognitive mediator model. *Journal of Community Psychology*, 37(7), 895–910. <https://doi.org/10.1002/jcop.20339>
- Moser, S. (2010). *Beteiligt sein*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92149-5_1
- Müller-Suleymanova, D., Frigo-Charles, O., Pizzera, M., Muri Koller, G., Kehl, K. & Nef, S. (2023). *Wie kann die Kinder- und Jugendpolitik der Kantone die niederschwellige Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterstützen?* Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. <https://doi.org/10.21256/zhaw-28772>
- Nef, S., Frigo-Charles, O., Pizzera, M., Streckeisen, P., Gisiger, J., Gertel, E. & Suppa, A. (2022). *Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen. <https://doi.org/10.21256/zhaw-26268>
- okaj zürich. (2006). *Grundlagenpapier Partizipation*. Verfügbar unter: http://www.jugendarbeit.ch/download/jup_okaj_partizip.pdf
- Olk, T. & Roth, R. (2007). *Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen* (2. Aufl.). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Piaget, J. (1986). *Das moralische Urteil beim Kinde*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Pollard, J. A., Hawkins, J. D. & Arthur, M. W. (1999). Risk and protection: Are both necessary to understand diverse behavioral outcomes in adolescence? *Social Work Research*, 23(3), 145–158. <https://doi.org/10.1093/swr/23.3.145>

- Räss, N., Differding, I. & Odermatt, J. (2021). *Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung. Eine Analyse der digitalen politischen Partizipation junger Menschen in der Schweiz*. Zürich: vdf. <https://doi.org/10.3218/4081-4>
- Reichenbach, R. (2006). Diskurse zwischen Ungleichen. Zur Ambivalenz einer partizipativen Pädagogik. In C. Quesel & F. Oser (Hrsg.), *Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen* (S. 39–61). Zürich: Rüegger Verlag.
- Reiner, J. & Roth, P. (2019). Unverbindlichkeit und Verbindlichkeit im Kontext von Partizipation. Ein biografieanalytischer Zugang. In A. Pohl, C. Reutlinger, A. Walther & A. Wigger (Hrsg.), *Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Ein Beitrag zur Partizipationsdebatte* (Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, 19, S. 133–145). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-24219-0_7
- Reisenauer, C. (2020). Kinder- und Jugendpartizipation im schulischen Feld – 7 Facetten eines vielversprechenden Begriffs. In S. Gerhartz-Reiter & C. Reisenauer (Hrsg.), *Partizipation und Schule: Perspektiven auf Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen* (S. 3–22). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29750-3_1
- Ribeaud, D. (2015). *Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999-2014. Forschungsbericht*. Zürich: Professur für Soziologie, ETH Zurich. <https://doi.org/10.3929/ethz-a-010446276>
- Ribeaud, D. & Loher, M. T. (2022). *Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999-2021. Forschungsbericht*. Zürich: Jacobs Center for Productive Youth Development, Universität Zürich. <https://doi.org/10.5167/uzh-219687>
- Rieker, P., Mörgen, R., Schnitzer, A. & Stroezel, H. (2016). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Formen, Bedingungen sowie Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung in der Schweiz* (Kinder, Kindheiten und Kindheitsforschung, 15). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10991-2_1
- Scheithauer, H., Rosenbach, C., Niebank, K. & Kahl, W. (2012). *Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter*. Universität Tübingen. <https://doi.org/10.15496/publikation-8176>
- Schlozman, K. L., Verba, S. & Brady, H. E. (2010). Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. *Perspectives on Politics*, 8(2), 487–509. <https://doi.org/10.1017/S1537592710001210>
- Schröder, R. (1995). *Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung*. Weinheim: Beltz.

- Stange, W. (2001). Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Dorfgestaltung und Stadtplanung. In R. Oerter & S. Höfling (Hrsg.), *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen* (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 83, S. 203–243). München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
- Stange, W., Meinhold-Henschel, S. & Schack, S. (2012). *Mitwirkung (er)leben: Handbuch zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen* (3. Aufl.). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Stork, R. (2010). Beteiligungsprozesse in der Jugendhilfeplanung. In S. Maykus & R. Schone (Hrsg.), *Handbuch Jugendhilfeplanung: Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven* (S. 221–241). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
https://doi.org/10.1007/978-3-531-92476-2_8
- UNICEF. (2021). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Theorie und Praxis. Für Gemeinden und Städte*. Zürich: Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein. Verfügbar unter: https://www.unicef.ch/sites/default/files/2023-01/Partizipationsbro-sch%C3%BCre_UNICEF_DE_0.pdf
- Von Schwanenflügel, L. (2015). *Partizipationsbiographien Jugendlicher. Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit* (Adoleszenzforschung, 4). Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06237-8>
- Wagner, U. (2023). Gewaltprävention durch Partizipationsangebote und inklusive Raumgestaltung. *Zeitschrift für Pädagogische Psychologie*, 38(3), 151–159.
<https://doi.org/10.1024/1010-0652/a000368>
- Wagner, U., Theunert, H., Gebel, C. & Schorb, B. (2012). Jugend und Information im Kontext gesellschaftlicher Mediatisierung. In F. Krotz & A. Hepp (Hrsg.), *Mediatisierte Welten: Forschungsfelder und Beschreibungsansätze* (S. 307–329). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94332-9_12
- Walther, A., Pohl, A., Reutlinger, C. & Wigger, A. (2019). Partizipation diesseits von Macht und Anerkennung? Teilhabeansprüche in den Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum. In A. Pohl, C. Reutlinger, A. Walther & A. Wigger (Hrsg.), *Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum – Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Ein Beitrag zur Partizipationsdebatte* (Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, 19, S. 195–220). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-24219-0_10
- Weltgesundheitsorganisation. (2003). *Weltbericht Gewalt und Gesundheit: Zusammenfassung*. Kopenhagen: Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa. Verfügbar unter: <https://docplayer.org/storage/13/959/1716037267/oZejrByyiYbntHehf-DKww/959.pdf>

- Wittwer, S. (2015). *Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. Definition des Begriffs «Partizipation» und Bedürfnisanalyse über die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz*. Bern: Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände. Verfügbar unter: https://www.sajv.ch/fileadmin/Media/sajv.ch/Uploads/Partizipationsstudie_u__bearbeitet.pdf
- Wohlgemuth, K. (2009). Prävention in der Sozialen Arbeit. In K. Wohlgemuth (Hrsg.), *Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Annäherung an eine Zauberformel* (S. 11–18). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91488-6_1
- Zimmermann, D. & Schmuziger, A. (2021). *Jugendpartizipation in der Gemeinde ermöglichen. Forschungsbericht*. Luzern: Institut für Soziokulturelle Entwicklung, Hochschule Luzern - Soziale Arbeit. <https://doi.org/10.5281/zenodo.5730487>
- Zinser, C., Oerter, R. & Höfling, S. (2001). Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. In R. Oerter & S. Höfling (Hrsg.), *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen* (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 83, S. 145–165). München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V.